Frank Uekötter

**Ökologische Verflechtungen. Umrisse einer grünen Zeitgeschichte**

Es ist weithin unstrittig, dass ökologische Themen in der Zeit seit 1970 einen dramatischen Bedeutungsgewinn erfahren haben. Die Schaffung eigener Umweltministerien in DDR und Bundesrepublik und der Aufstieg neuer zivilgesellschaftlicher Verbände wie BUND, Greenpeace und Attac waren äußerer Ausdruck eines ausgesprochen vielgestaltigen Umbruchs von Lebens- und Denkweisen, Wirtschafts- und Wissensformen: Das Ökologische ist gewissermaßen in alle Poren der deutschen Gesellschaft eingedrungen. In dieser Vielfalt steckt zugleich das Grundproblem jeder umwelthistorischen Synthese. Das Ökologische ist in der deutschen Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht entgrenzt: politisch, ökonomisch, sozial, materiell. Wir finden es gleichermaßen im täglichen Essen wie im Atomkraftwerk, es prägt unser Bild bäuerlichen Lebens ebenso wie unsere Vorstellungen von Spitzentechnologie, und die Umweltbewegten umfassen gleichermaßen Aktivisten wie breite gesellschaftliche Kreise. Im Stolz, Umweltprobleme ernster zu nehmen als viele andere Länder der Welt, lassen sich durchaus Konturen eines grünen Patriotismus erkennen.

Mit dieser thematischen Vielfalt verbinden sich eine Mehrzahl von Konfliktachsen. Als Verursacher von Umweltproblemen gelten Industrielle und Landwirte, Experten und Konsumenten, und die Zuschreibung von Verantwortlichkeiten ist Gegenstand anhaltender politischer Auseinandersetzungen. Dass ökologische Forderungen in der Zeit seit 1970 gleichermaßen als industrie- und technikfeindlich wie auch als Chance für die forschungsintensive deutsche Industrie gegolten haben, lässt das Spektrum der Meinungen erkennen. Zudem gibt es unter den Protagonisten der Umweltbewegungen ein ungewöhnliches Maß divergierender Sichtweisen, die seit dem Streit um die Energiewende verstärkt ins öffentliche Bewusstsein rücken. Vogelfreunde und Landschaftsschützer kämpfen gegen Windkraftanlagen, Biobauern leiden unter dem Siegeszug der Energiepflanzen, und die Hegemonialansprüche der Klimaschützer treffen innerhalb der Umweltszene auf beträchtlichen Unmut. Die Einheit der Umweltbewegung war stets mehr Mythos als Realität, und mancher Beobachter war schon versucht, das Handtuch zu werfen. „Strictly speaking, of course, there is no green movement – rather, there is a diverse range of positions, perspectives and recipes for action“, schrieb Anthony Giddens.[[1]](#footnote-2)

Lange Zeit war es modisch, die Umweltgeschichte der neuesten Zeit als Geschichte eines phänomenalen Aufstiegs zu schreiben. Gemäß dieser Lesart wachten die westlichen Gesellschaften um 1970 auf – spät, aber hoffentlich nicht zu spät –, und Chronisten verfolgten gebannt, wie sich das Versprechen einer besseren grünen Zukunft gegen allerlei Widerstände schließlich durchzusetzen begann.[[2]](#footnote-3) Das Ende des Realsozialismus ließ sich als Kollaps einer noch zerstörerischen Alternative in ein solches Narrativ integrieren oder gar im Topos des Ökozids zu einer Art ökologischer Nemesis verklären. Noch Joachim Radkaus *Ära der Ökologie* lässt bei allen Vorbehalten und Relativierungen den Charme solcher teleologischer Interpretationen erahnen bis hin zu der ziemlich steilen These, Tschernobyl habe den sozialistischen Glauben an Wissenschaft und Technik zerstört und die Sowjetunion gleich mit.[[3]](#footnote-4) Bei allem Respekt vor den Leistungen der „Umweltgeschichte der Väter“ ist freilich zu konstatieren, dass solche Interpretationen inzwischen primär als zeitgenössische Selbstbeschreibungen von Interesse sind. Im Gefühl eines säkularen Aufschwungs waren sich die Aktiven zumindest der westdeutschen Umweltbewegungen der siebziger und achtziger Jahre sehr viel einiger als in den konkreten Zielvorstellungen. Einfache Teleologien kollidieren im 21. Jahrhundert jedoch allzu offenkundig mit einer Realität, in der ökologische Nachhaltigkeit weiterhin eine ferne Utopie ist. Der globale Siegeszug des Neoliberalismus, dessen Aufstieg ebenfalls in den 1970er Jahren begann, relativiert allzu emphatische Deklarationen einer „Ära der Ökologie“.[[4]](#footnote-5) Es ist durchaus denkbar, dass die bundesdeutsche Umweltszene der 1970er und 1980er Jahre in ein paar Jahrzehnten als ephemere Stimmungsaufwallung satter westlicher Wohlstandsbürger erscheinen wird.

All dies spricht für ein behutsames Vorgehen, das den Gegenstand mehrfach umkreist und eher Umrisse als scharfe Konturen skizziert. Es geht nicht nur um eine Vielzahl von Themen, sondern auch um ein breites Spektrum möglicher Perspektivierungen. Die Zeitgeschichte der Umwelt sieht von der Stadt anders aus als vom Lande, von den USA anders als aus dem Globalen Süden, und selbst die Perspektive eines Käfighuhns sollte man im hiesigen Kontext nicht voreilig tabuisieren. Für ein tastendes Vorgehen spricht auch ein Forschungsstand, der bei allen hilfreichen Studien insbesondere aus den vergangenen zehn Jahren weiterhin als in hohem Maße unbefriedigend bezeichnet werden muss. Zumeist konzentrieren sich Forschungsarbeiten auf ganz unterschiedliche Einzelthemen, die zudem oft recht isoliert betrachtet werden. Eine Verbindung von ost- und westdeutschen Perspektiven wird nur selten geleistet.

Das bislang Gesagte kann im Grundsatz für alle westlichen Industrieländer gelten. Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte stünde deshalb im Ruch einer nationalen Nabelschau, wenn sie sich nicht zugleich um die Kontextualisierung in breiteren geographischen Zusammenhängen bemühte. Dabei geht es nicht nur darum, die Bundesrepublik als westliche Demokratie und die DDR als Teil des Ostblocks zu betrachten, sondern auch darum, diese Kontexte kritisch international einzuordnen.

**1. Vereinigte Ökologien**

Aus ökologischer Sicht haben staatliche Grenzen zumeist einen Hauch von Willkürlichkeit, und das gilt für die innerdeutsche Grenze in besonderem Maße. Weder die Bundesrepublik noch die DDR lassen sich als naturräumlich geschlossene Einheiten betrachten. Zwischen den Küstenregionen und den Gipfeln des Erzgebirges und der Alpen erstrecken sich eine Vielzahl von Landschaften mit jeweils spezifischen Bedingungen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze. Ökologisch war die Mauer stets durchlässig, auch wenn dies für die meisten Menschen wenig tröstlich war.

Eine besondere Dynamik erreichte der Austausch mit den Bewegungen von Luft und Wasser. Zwei große deutsche Flüsse, die Elbe und die Werra, flossen von Ost- nach Westdeutschland und bewirkten auf diesem Wege einen Systemwechsel der Verschmutzungslasten. Das barg vor allem im Falle der Werra erhebliches Konfliktpotential, deren Einzugsgebiet stark von der mitteldeutschen Kaliindustrie geprägt ist. Bei der Aufbereitung des geförderten Rohsalzes fallen Endlaugen mit hohem Salzgehalt an, die nicht biologisch abbaubar sind. Bereits im Kaiserreich hatte die Kaliproduktion einen hartnäckigen Distanzkonflikt mit den flussabwärts gelegenen Regionen ausfechten müssen. Der Bremer Senat beschloss kurz vor dem Ersten Weltkrieg, zum Schutz der eigenen Trinkwasserversorgung gegen die Genehmigung weiterer Kaliwerke am Oberlauf der Weser Widerspruch einzulegen.[[5]](#footnote-6)

Für die DDR, die den Kaliabbau nicht zuletzt als Devisenbringer forcierte, bot die Werra nahezu ideale Möglichkeiten zur Externalisierung ökologischer Kosten. Die negativen Folgen des versalzten Flusswassers zeigten sich vor allem auf bundesdeutschem Gebiet, und eine gemeinsame Abwässerkommission tagte nach dem Zweiten Weltkrieg nur ganze zwei Mal. Die Werra und die Oberweser waren deshalb Anfang der 1970er Jahre weitgehend biologisch tot. Die Belastung führte 1971 zu einem Fischsterben und in der Folge zu einem Störfall im Kernkraftwerk Würgassen, als tonnenweise angeschwemmte Kadaver den Kühlwassereinlauf blockierten. In den 1980er Jahren kam es durch westlichen Druck zu wiederholten Expertengesprächen, aber es gelang der DDR, das Thema bis zum Kollaps des sozialistischen Gemeinwesens in der Schwebe zu halten. Beim thüringisch-bayerischen Grenzfluss Röden kam es hingegen zu einer Einigung, die den Westen verpflichtete, die Technologie für eine Kläranlage im thüringischen Ort Sonnenberg zu liefern und einen großen Teil der Kosten zu übernehmen.

Grenzüberschreitend waren auch die durch den Kaliabbau verursachten Erdbeben vom 23. Juni 1975 und 13. März 1989, die mit einer Stärke von 5,2 und 5,5 auf der Richterskala zu den stärksten seismischen Ereignissen in der Weltgeschichte des Bergbaus zählen. Um die Salzausbeute zu maximieren, hatten die ostdeutschen Bergbaubetriebe die Dimension der verbleibenden Pfeiler über einen kritischen Punkt hinaus reduziert, so dass eine ganze Sohle auf einer Fläche von mehreren Quadratkilometern schlagartig kollabierte. Mehrere historische Gebäude mussten in der Folge abgerissen werden.[[6]](#footnote-7) Die geologischen Schockwellen verwandelten sich in politische, als die DDR der Bundesrepublik die Verantwortung zuzuschieben versuchte und eine Destabilisierung des Untergrunds der DDR durch die Versenkung von Endlaugen im Boden behauptete. Dass diese Endlaugenversenkung wiederum eine bundesdeutsche Maßnahme war, um die Belastung des Flusswassers nicht noch weiter zu erhöhen, erweitert die deutsch-deutschen Verflechtungen entlang der Werra um eine zusätzliche Dimension.[[7]](#footnote-8)

Während das Wasser in westlicher Richtung floss, bewegte sich die Luft aus klimatischen Gründen vorzugsweise in der umgekehrten Richtung. Das war insofern von Bedeutung, als seit den 1970er Jahren der Ferntransport von Luftschadstoffen verstärkt ins Blickfeld rückte. Die Emissionen der ostdeutschen Braunkohleregionen blieben deshalb überwiegend eine Erfahrung der DDR-Bürger, während umgekehrt die Bundesrepublik für eine erhebliche Vorbelastung der ostdeutschen Atmosphäre sorgte. Die Bundesrepublik nutzte diese Situation mit einer gewissen Nonchalance und genehmigte noch Anfang der 1980er Jahre das Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt, das für die Verbrennung besonders schwefelreicher Salzkohle gebaut wurde. Nach den ursprünglichen Planungen hätte Buschhaus mit einem Jahresausstoß von 150.000 Tonnen Schwefeldioxid allein sechs Prozent der bundesdeutschen Kraftwerksemissionen, aber nur 0,4 Prozent des elektrischen Stroms geliefert. Der mit 300 Metern höchste Schornstein der Bundesrepublik verfrachtete die Schadstoffe bei Westwind in den östlichen Teil des waldreichen Harzes – „wohl als Beitrag der niedersächsischen Landesregierung zu der so heftig beschworenen Wiedervereinigung“, wie Kritiker ätzten.[[8]](#footnote-9) Nach einer Großdemonstration und einer Sondersitzung des Bundestags im Sommer 1984 bauten die Betreiber hurtig eine Entschwefelungsanlage.

Westwind ist in gemäßigten Breiten jedoch keine Gewissheit. Ende April 1986 kam der Wind zum Beispiel aus dem Osten und brachte Luft aus der Ukraine nach Mitteleuropa. So wurde die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zu einer gesamtdeutschen Kontaminationserfahrung, die über Ulrich Becks *Risikogesellschaft* sogar Eingang in die soziologische Theoriebildung fand.[[9]](#footnote-10) Becks These einer umfassenden Entgrenzung ökologischer Risiken, denen alle Menschen gleichermaßen und unentrinnbar ausgesetzt waren, traf in der Bundesrepublik jedenfalls kurzfristig auf ein enormes Echo. Von einer Gleichförmigkeit der Exposition konnte jedoch auch bei Tschernobyl keine Rede sein. Der Grad der Kontamination war innerhalb Deutschlands durchaus unterschiedlich und lag im südlichen Bayern am höchsten, mithin also in jenem Bundesland, das gerade einen bitteren Konflikt um den Bau einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf durchlebte.[[10]](#footnote-11)

Es bedurfte freilich nicht der Naturgewalten, um die Ökosysteme in Ost und West miteinander zu verbinden. Zwecks Devisenbeschaffung importierte die DDR seit Mitte der 1980er Jahre jährlich vier bis fünf Millionen Tonnen Müll aus der Bundesrepublik und West-Berlin. Darunter waren etwa 65.000 Tonnen Sondermüll, der vor allem auf die Deponien Schönberg bei Lübeck und Vorketzin bei Potsdam ging. Auch aus Holland, Italien, Österreich und der Schweiz wurde Siedlungs- und Sondermüll aufgenommen, eine Schweizer Firma baute zudem eine Sondermüll-Verbrennungsanlage, die im Herbst 1988 in Schöneiche bei Berlin den Probebetrieb aufnahm. Stoffströme in umgekehrter Richtung scheiterten nicht nur an den Kosten, sondern bereits an der vergleichsweise geringen Mobilität des ostdeutschen Mülls. Während westdeutsche Abfälle vor der finalen Deponierung noch auf die bisweilen ziemlich lange Reise gen Osten gingen, gab es in den Staatsbetrieben der DDR bis zuletzt eine unkontrollierte Entsorgung „um die Ecke“. Der einzige Aktivposten in der Abfallbilanz der DDR war das effiziente Recycling von „Sekundärrohstoffen“ im SeRo-System, das freilich vor allem dem notorischen Rohstoffmangel des Landes geschuldet war.[[11]](#footnote-12) Der innerdeutsche Mülltransfer gewann eine Bedeutung über Deutschland hinaus, als DDR und Bundesrepublik bei den Verhandlungen über die Basler Konvention zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Transports gefährlicher Abfälle eine Erlaubnis für bilaterale Müllkooperationen außerhalb der Konvention durchsetzten.[[12]](#footnote-13)

So gab es 1990 auch eine Wiedervereinigung von bundesdeutschen Konsumenten und ihrem deponierten Wohlstandsmüll, die freilich niemanden zu feierlichen Gefühlen animierte. Es fehlten in der DDR nicht nur eine geordnete Entsorgungspraxis – die meisten Deponien hatten weder eine Basisabdichtung noch Vorrichtungen zur Sammlung und Reinigung des Sickerwassers –, sondern sogar verlässliche Informationen über die Zahl der Lagerstätten. Anfängliche Schätzungen nach der Wende, die von etwa 50.000 Altlastenverdachtsflächen ausgingen, erhöhten sich bis 1997 auf mehr als 80.000 Verdachtsflächen, von denen etwa ein Viertel tatsächlich Kontaminationen aufwies.[[13]](#footnote-14) Die ostdeutsche Umweltsanierung war ein technisch-administratives Großprojekt, und Günter Bayerl hat dazu bemerkt, hier müsse „zu großen Teilen von einer ‚Erfolgsgeschichte‘ gesprochen werden“.[[14]](#footnote-15) Die Kosten und wissenschaftlich-technischen Herausforderungen waren jedoch nicht gerade gering, zumal es sich um ein Projekt mit zahlreichen Unbekannten handelte. Der Umweltsoziologe Matthias Groß hat gezeigt, wie bei der Rekultivierung der Braunkohlentagebaue immer wieder kurzfristige Lösungen für plötzlich auftretende Probleme wie die Belastung des Wassers durch Säuren und Schwermetalle oder die Stabilität der Böschungen gefunden werden mussten. Am Ende des Projekts, das zeitweise die größte Landschaftsbaustelle Europas war, stand das beliebte Naherholungsgebiet Leipziger Neuseenland.[[15]](#footnote-16)

Ein besonderes Kapitel sind die Altlasten der SDAG Wismut, die aus dem Uranbergbau in Sachsen und Thüringen entstanden. Die Aktivitäten der Wismut waren in der DDR ein sorgsam abgeschotteter Sonderbereich, so dass das gesamte Ausmaß der ökologischen Folgelasten erst nach der Wende erkennbar wurde. Insgesamt wurden bis Ende 2010 mit Milliardenaufwand 9.104 Dämme saniert, 6,5 Millionen Kubikmeter Hohlräume verfüllt, knapp 190.000 Tonnen Schrott entsorgt und 154 Millionen Kubikmeter Halden abgetragen. Eine Bundesgartenschau in einem ehemals devastierten Fördergebiet im thüringischen Ronneburg lieferte 2007 einen ersten Schlusspunkt des Sanierungsprojekts, auch wenn Einzelprojekte noch Jahrzehnte in die Zukunft reichen werden.[[16]](#footnote-17) Inzwischen sind es eher die westdeutschen Hinterlassenschaften der Atomwirtschaft, die Experten und Öffentlichkeit Kopfschmerzen bereiten. Das gilt nicht nur für die anhaltende Suche nach einem Endlager für die Brennelemente aus den bundesdeutschen Reaktoren, sondern auch für die Sanierung der maroden Schachtanlage Asse II bei Wolfenbüttel, in die von 1967 bis 1978 insgesamt 125.787 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall eingelagert wurden.

Zum ökologischen Erbe der DDR gehörten jedoch nicht nur toxische Hinterlassenschaften, sondern auch relativ unberührte Naturräume. Ein Nationalpark im Gebiet der Müritz-Seen wurde schon 1966 auf dem 1. Landschaftstag im Bezirk Neubrandenburg diskutiert – er hätte die DDR zum Schöpfer des ersten deutschen Nationalparks gemacht.[[17]](#footnote-18) Wirklichkeit wurde der Müritz-Nationalpark dann im Zuge des Nationalparkprogramms der DDR von 1990, das für eine dramatische Ausweitung der geschützten Flächen sorgte und in der Geschichte des deutschen Naturschutzes einzigartig ist. Unter dem Blickwinkel der Verflechtungsgeschichte ist jedoch eher das Grüne Band von Interesse, das auf die Bewahrung der Naturräume entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze zielt und mit einer Gesamtfläche von 177 Quadratkilometern das größte deutsche Biotopverbundsystem ist. Das märchenhaft anmutende Ziel, einen Todesstreifen als Naturidyll zu bewahren, wog am Ende schwerer als die verwaltungstechnischen Hürden: Das Projekt tangierte neun Bundesländer, 38 Landkreise und zwei kreisfreie Städte und war damit nach gängigen Vorstellungen ein administrativer Alptraum sondergleichen. Seit 2003 ist das Grüne Band Teil eines europäischen Projekts.[[18]](#footnote-19)

Die vielleicht wichtigste Verbindung von Ost und West lag jedoch in der Ähnlichkeit der Problemprofile. In beiden deutschen Staaten hingen die Umweltprobleme bei allen Unterschieden im Detail mit einem großen industriellen Sektor sowie den typischen Mobilitäts- und Konsumansprüchen fortgeschrittener Wohlstandsgesellschaften zusammen. Der ostdeutsche Konsumrausch nach der Wende – von Bananen bis zum Gebrauchtwagen – unterstrich die bemerkenswerte Konvergenz der konsumistischen Sehnsüchte. Bei der Großchemie, Metallverhüttung und -verarbeitung, Atomenergie oder der Nutzung der im globalen Vergleich recht seltenen Braunkohle war es frappierend, wie sehr sich die Fixpunkte der ökologischen Debatte und die Schadstoffpalette trotz deutscher Teilung ähnelten. Nur der Uranbergbau blieb ein ostdeutsches Phänomen, wobei der Blick auf die US-amerikanische Uranförderung erahnen lässt, dass es vielleicht nur an der Geologie lag, dass der Bundesrepublik ein Desaster von den Dimensionen der Wismut erspart blieb.[[19]](#footnote-20)

Diese Ähnlichkeit gilt es auch deshalb zu betonen, weil sich 1989/90 ein scharfer Kontrast der Ökobilanzen in Ost und West aufdrängte. Das Verdikt über die DDR war 1989/90 in einem hohen Ausmaß ökologisch konturiert.[[20]](#footnote-21) Mehr noch: Die Umweltzerstörung ist einer der wenigen Kritikpunkte, der durch die Erfahrungen nach der Wiedervereinigung keine Relativierung erfuhr. Während euphorische Hoffnungen auf Marktwirtschaft, Massenwohlstand und Demokratie in den neunziger Jahren arge Dämpfer bekamen, erschien die Ökobilanz der DDR durch die Befunde der Nachwendezeit eher noch dramatischer. „Die DDR gilt in ökologischer Hinsicht als *failed state*“, beginnt ein jüngst erschienener Aufsatz zur Umweltpolitik der DDR.[[21]](#footnote-22) Aber viele Kritikpunkte spitzten sich vor allem im finalen Jahrzehnt der DDR zu. Wäre die DDR schon 1980 kollabiert, dann hätte die retrospektive Kritik wohl weitaus weniger grüne Züge getragen.

**2. Der Aufstieg der Umweltpolitik**

Die Jahre um 1970 waren eine Wendezeit der Umweltpolitik, aber ihre Bedeutung erschließt sich erst vor dem Hintergrund längerer Traditionen. Auch in der Umweltpolitik gab es keine „Stunde Null“. Der dialektische Zusammenhang von neuen Umweltproblemen und neuen Lösungsansätzen lässt sich seit der Frühindustrialisierung verfolgen, und ein erster Schub institutioneller Weichenstellung mit langfristigen Folgen ist in den meisten westlichen Ländern bereits in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg nachzuweisen.

Die Umweltpolitiken der 1970er Jahre standen im Kontext längerfristiger Reformbestrebungen. Schon in den 1950er Jahren gab es in beiden deutschen Staaten Bemühungen um eine Stärkung der einschlägigen regulativen Politiken, die vor allem in der Bundesrepublik eine deutliche Präferenz für die behutsame Weiterentwicklung bestehender Verfahrensweisen verrieten.[[22]](#footnote-23) Die DDR verabschiedete schon 1954 ein neues Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatlichen Natur, dem 1970 ein Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR folgte. Seit 1968 genoss der Umweltschutz Verfassungsrang.[[23]](#footnote-24) Beachtung verdient auch die Landschaftsdiagnose der DDR, ein Großprojekt der 1950er Jahre, das auf eine Generalinventur der ökologischen Bedingungen auf dem gesamten Territorium der DDR zielte und kein Äquivalent in der Bundesrepublik besaß. Hier traf sich der seit den 1930er Jahren boomende Landschaftsschutz mit der sozialistischen Planungseuphorie.[[24]](#footnote-25) Der Aufbruch zu neuen institutionellen Formen der Umweltpolitik wirkte in der DDR zunächst deutlich energischer als in der Bundesrepublik.

Der frühe Beginn der Reformen lässt zugleich erahnen, dass es noch keinen Konflikt zwischen den zugrundeliegenden Wertvorstellungen und dem Wohlstandsparadigma der Konsumgesellschaften gab. Umweltpolitik war keine Gegenbewegung zum Streben nach Wohlstand, sondern ihr Komplement. Viele der zeitgenössischen Umweltprobleme waren noch unmittelbar sinnlich erfahrbar: Rauch und Staub in der Luft, Schaumberge auf den Gewässern, improvisierte Müllkippen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen im persönlichen Umfeld standen im Mittelpunkt von Protest und Politik, und es ist eine durchaus lohnende Frage, inwiefern sich dies im Zeitalter der Ökologie wirklich änderte. Das Signum des „postmateriellen“ ökologischen Umweltbewusstseins verstellt leicht den Blick für die Persistenz von geographisch begrenzten und eng mit Eigentumsinteressen verbundenen Protesten. Bereits in seiner Pionierstudie zur stillen Revolution in westlichen Wohlstandsgesellschaften musste Ronald Inglehart eingestehen, dass sich seine Dichotomie von materiellen und postmateriellen Wertvorstellungen bei Umweltproblemen nicht mit der sonst reklamierten Eindeutigkeit nachweisen ließ.[[25]](#footnote-26)

Der Aufschwung der Umweltpolitik in beiden deutschen Ländern um 1970 war Teil eines internationalen Booms. Die Schaffung neuer Einrichtungen wie des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in der DDR (1972) sowie dem Sachverständigenrat für Umweltfragen sowie dem Umweltbundesamt in der Bundesrepublik (1971 und 1974) fügt sich in ein allgemeines Muster: Nie zuvor wurden in so kurzer Zeit so viele Einrichtungen mit dem Wortbestandteil „Umwelt“ gegründet. Wichtige Impulse kamen aus den Vereinigten Staaten, wo der Boom des Ökologischen in landesweiten Großdemonstrationen am 22. April 1970 („Earth Day“) mit Millionen von Teilnehmern kulminierte[[26]](#footnote-27), sowie von den Vereinten Nationen, die im Juni 1972 den ersten großen Umweltgipfel in Stockholm durchführten. Das Bestreben, die eigenen politischen Meriten im Vorfeld aufzupolieren, verband Ost und West, auch wenn der Ostblock die Veranstaltung am Ende aufgrund eines Streits über den völkerrechtlichen Status der DDR boykottierte. Mit 1200 Delegierten aus 114 Ländern blieb Stockholm bis zum legendären Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 die größte Veranstaltung ihrer Art.[[27]](#footnote-28)

Damit besaß der Bedeutungsgewinn der Umweltpolitik von Anfang an eine staatspolitische Motivation, die in ihrem Gewicht nicht unterschätzt werden sollte. Die Mythologie der Umweltbewegung suggeriert, dass es vor allem der leidenschaftliche Protest empörter Bürger gewesen sei, der den großen Leviathan am Ende zu ein paar Konzessionen bewegte. Die bundesdeutsche Umweltbewegung verrät einiges über den Wert zivilgesellschaftlichen Engagements von den Grünen bis zu Greenpeace, aber für die frühen 1970er Jahre lässt sich ein öffentlicher Druck allenfalls ansatzweise erkennen. Der gesellschaftliche Aufbruch, der in der Studentenbewegung von 1968 seinen spektakulärsten Ausdruck fand, scheint ökologische Themen nicht sonderlich tangiert zu haben, und ein Ereignis, das sich mit dem seit 1970 zelebrierten amerikanischen „Earth Day“ vergleichen ließe, gab es ohnehin nicht. Der Schlüsselbegriff „Umweltschutz“ war bezeichnenderweise eine Erfindung des Bundesinnenministeriums unter der Leitung von Hans-Dietrich Genscher, der im Zuge der sozialliberalen Regierungsbildung die Abteilung „Gewässerschutz, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung“ vom SPD-geführten Gesundheitsressort übertragen bekommen hatte und diese als „Abteilung U“ zum Motor einer ambitionierten ökologischen Reformpolitik machte. Umweltschutz war kein Kampfbegriff empörter Bürger, sondern das genaue Gegenteil: „eine bürokratische Sprachschöpfung par excellence“.[[28]](#footnote-29)

Man wird deshalb eher von einem komplexen Wechselspiel zwischen politischer und zivilgesellschaftlicher Sphäre reden müssen, bei dem in der Bundesrepublik die politischen Insider zunächst einen gewissen Vorsprung reklamieren konnten. Es waren bezeichnenderweise zunächst Verwaltungen, die den Wunsch nach schlagkräftigen zivilgesellschaftlichen Verbänden artikulierten. Schon 1961 fragte ein rühriger Beamter des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums, das seinerzeit für den Immissionsschutz zuständig war, in einer Besprechung mit Vertretern der Duisburger Stadtverwaltung, „ob nicht ein Zentralverband der Bürgervereine als ernsthafter Vertreter der Immissionsabwehr in Opposition zur Emissionsseite zu finden ist.“[[29]](#footnote-30) Auch Genschers Innenministerium bemühte sich um einschlägige Kontakte und hatte zum Beispiel 1972 bei der Gründung des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) seine Finger im Spiel, dessen Führungsebene trotz ostentativer Überparteilichkeit deutlich Genschers FDP zuneigte. Sofern es in den siebziger Jahren eine große Umweltpartei gab, war das – aus heutiger Sicht kaum noch nachzuvollziehen – die FDP und speziell deren linksliberaler Flügel, was sich auch in der finanziellen Förderung des BBU durch die Friedrich Naumann Stiftung dokumentierte.[[30]](#footnote-31) „Umweltschutz hat Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen“, hieß es in den Freiburger Thesen von 1971.[[31]](#footnote-32) Der wachsende Zulauf der Bürgerinitiativen und nicht zuletzt die Radikalisierung im Atomkonflikt ließen das Bundesinnenministerium jedoch vom Marionettenspieler zum Zauberlehrling mutieren. Das endgültige Scheitern wird man auf das Jahr 1977 datieren müssen, als das FDP-Mitglied Hans-Helmuth Wüstenhagen auf Druck linker Gruppierungen vom Vorsitz des BBU zurücktrat.[[32]](#footnote-33)

Genscher war einer der ersten Spitzenpolitiker, die das Potential ökologischer Themen erkannten. Sie boten ergiebige Möglichkeiten zur politischen Profilierung, zumal die Defizienz der regulativen Politik weithin unstrittig war. Das wog umso schwerer, als die Perspektiven für Reformpolitiken in den Jahren „nach dem Boom“ zusehends schwanden: In einer Zeit ökonomischer Krisen und grassierender Zweifel an der Steuerungsfähigkeit des Staates war Umweltpolitik ein Handlungsfeld, in dem sich noch eine massive Expansion von Budgets, Kompetenzen und Stellenplänen legitimieren ließ. Einiges deutet darauf hin, dass es sich hier um ein allgemeines Muster westlicher Staaten handelt, das aber gerade in der Bundesrepublik ausgesprochen erfolgreich war, und so ergibt sich eine beeindruckende Liste von Politikern, die aus der Umweltpolitik heraus zugleich die eigene Karriere beflügelten: Hans-Dietrich Genscher, Joschka Fischer, Jo Leinen, Klaus Matthiesen, Monika Griefahn, Jochen Flasbarth, Fritz Vahrenholt, Max Streibl, Klaus Töpfer.[[33]](#footnote-34)

Man wird die Umweltpolitik somit in der Zeit nach 1970 als ein bemerkenswert effektives Karrieresprungbrett betrachten dürfen, das ein dynamisches Element in die Rekrutierungswege politisch-administrativer Eliten brachte. Der Aufstieg des Frankfurter Taxifahrers Joschka Fischer, der es ohne Abitur zum Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland brachte, ist hier ein besonders spektakuläres Beispiel.[[34]](#footnote-35) Daneben sollte man jedoch auch jene Personen im Blick haben, die irgendwann resigniert aufgaben. Als Wolfgang Sternstein, mehrere Jahre lang Vorstandsmitglied im BBU, Wüstenhagen Jahre nach dessen Rücktritt in Freiburg besuchte, traf er „einen verbitterten alten Mann, der sich über Gott und die Welt beklagte. Er war nur noch ein Schatten seiner selbst, eine gescheiterte Existenz, die mein Herz rührte.“[[35]](#footnote-36) Die international bewunderte Stärke der deutschen Umweltszene sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass einige Menschen dafür einen hohen Preis bezahlten.

In beiden deutschen Staaten folgte auf den vollmundigen Aufbruch recht bald eine gewisse Ernüchterung. Das hing eng mit dem Leitbild einer Umweltpolitik von oben zusammen, das eine bemerkenswerte Parallele der Umweltpolitiken in Ost und West war. Die politische Führung produzierte vor allem ambitionierte Zielvorstellungen und vollmundige Rhetorik und überließ die Umsetzung vertrauensvoll nachgeordneten Instanzen.

Auch in der DDR war grundsätzlich klar, dass Umweltprobleme ernst zu nehmen waren. Als neuer Generalsekretär des Zentralkomitees der SED erwähnte Erich Honecker den Umweltschutz in seiner Rede vor dem VIII. Parteitag 1971 und forderte die Bevölkerung sogar auf, die staatlichen Stellen auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen.[[36]](#footnote-37) Die Umweltpolitik gehörte damit zur vielzitierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die in der „Einheit von Ökonomie und Ökologie“ sogar ein grünes ideologisches Komplement erhielt.[[37]](#footnote-38) Programmatisch lief das auf ein bemerkenswertes Pendant zur „Lebensqualität“ hinaus, mit der sich seinerzeit die SPD programmatisch zu profilieren suchte: ökologische Politik als zwingender Bestandteil eines umfassenden Wohlstandsversprechens.[[38]](#footnote-39) Ergänzend zum DDR-Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft – im Westen entstand ein Bundesumweltministerium erst 1986 nach Tschernobyl[[39]](#footnote-40) – wurde auf Betreiben von Hans Mottek an der Akademie der Wissenschaften eine Arbeitsgruppe „Umweltschutz und Umweltgestaltung“ geschaffen, Mottek übernahm zudem die Leitung einer Akademie-Kommission für Umweltforschung.[[40]](#footnote-41) Im politisch-administrativen Alltag begannen indes rasch die Ambivalenzen, und sie wurden im Laufe der Zeit nicht kleiner.

Nach Tobias Huff fiel Honeckers Machtübernahme im Mai 1971 „mit der Hochphase der DDR-Umweltpolitik zusammen“.[[41]](#footnote-42) Die Maßgaben der Parteispitze relativierten sich jedoch sehr schnell. Selbst die sonst übliche Einrichtung einer ZK-Abteilung, die gewöhnlich als Spiegelinstitution für Ministerien im SED-Parteiapparat geschaffen wurde, unterblieb im Falle des Umweltministeriums, und als Mitglied der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands fehlte dem seit März 1972 amtierenden Umweltminister Hans Reichelt auch sonst ein Zugang zu den politischen Ressourcen der SED.[[42]](#footnote-43) Letztlich blieb die sozialistische Umweltpolitik aufgrund des notorischen Ressourcenmangels und der byzantinischen Strukturen des SED-Staats eine sternschnuppenartig verglühende Vision. Auch hier ergibt sich für das letzte Jahrzehnt der DDR der Eindruck einer sukzessiven und am Ende ziemlich umfassenden Sklerose. Als das Dresdener Klärwerk im Januar 1987 im Zuge eines Elbhochwassers überschwemmt wurde, blieb es bis zur Wende außer Betrieb, so dass sämtliche Abwässer der Stadt ungeklärt in der Elbe landeten.[[43]](#footnote-44) Im Kampf gegen Schwefeldioxidemissionen, die seit Anfang der 1980er Jahre Gegenstand internationaler Verhandlungen waren, behalf sich die DDR mit gefälschten Daten.[[44]](#footnote-45) Das Versagen von Politik und Verwaltung machte ökologische Fragen zu einem probaten Vehikel für Protestbewegungen. Sozialistische Ideologeme, wonach die Umweltprobleme der DDR vor allem kapitalistischen Hinterlassenschaften geschuldet seien und durch die Entwicklung der Produktivkräfte ganz von alleine überwunden würden, belegten die Realitätsfremdheit des SED-Staats.[[45]](#footnote-46)

In den siebziger Jahren waren die innerdeutschen Unterschiede bei der Umsetzung der Umweltpolitik noch nicht ganz so eindeutig. Das föderale System der Bundesrepublik erwies sich in der Verarbeitung neuer politischer Programme als kaum weniger kompliziert als die sozialistische Bürokratie. Da ging es um Profilierung: Als Genscher mit seiner Umweltpolitik vorpreschte, forderte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge intern, dem müsse „läutester Widerstand entgegengesetzt werden“.[[46]](#footnote-47) Und es ging um Kompetenzen. Die Kooperation von Bund und Ländern gehört bekanntlich zu den heikelsten Problemen des bundesdeutschen Regierungssystems, und so barg es jede Menge politischen Sprengstoff, dass Genschers Umweltpolitik auch auf eine Ausweitung der Zuständigkeiten des Bundes zielte. Seit 1972 sah das Grundgesetz auch für Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung eine konkurrierende Gesetzgebung vor, während es bei Naturschutz und Landschaftspflege sowie der Reinhaltung der Gewässer bei einer Rahmenkompetenz des Bundes blieb. „Wohl kein Minister zuvor hatte jemals versucht, von den Ländern für den Bund soviel Zuständigkeit zu bekommen“, schreibt Genscher in seinen Memoiren und grämt sich ob „der verlorenen ‚Wasserschlacht‘“.[[47]](#footnote-48)

Der Vorzug des westlichen Systems lag eher darin, dass Vollzugsprobleme hier immerhin offen diskutiert werden konnten. Das Implementationsdefizit des bundesdeutschen Umweltrechts ist seit einem Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen 1974 ein stehender Begriff. „Die Verwaltungsbehörden, aber auch die Staatsanwaltschaften und die Strafgerichte haben bisher nach allgemeiner Überzeugung die Rechtsvorschriften des Umweltschutzrechts nicht ernst genug genommen“, konstatierte das von Genscher einberufene Expertengremium. In manchen Fällen grenze das behördliche Verhalten „fast an Vollzugsverweigerung“.[[48]](#footnote-49) Ein vergleichbarer Mahnruf ist für die DDR nicht überliefert und auch nur schwer vorstellbar.

Die politischen Zielvorgaben wurden in der Bundesrepublik diffuser, als die umweltpolitische Reformeuphorie der Bundesregierung nach Genschers Wechsel ins Außenministerium schwand und der neue Bundeskanzler Helmut Schmidt anstelle visionärer Entwürfe „die nüchterne Kalkulation von Kosten und Nutzen“ in den Mittelpunkt stellte.[[49]](#footnote-50) Eine Klausurtagung auf Schloss Gymnich im Juni 1975 galt in Umweltkreisen noch Jahrzehnte später als Fanal der Kehrtwende.[[50]](#footnote-51) Hinzu kam der eskalierende Streit um die Kernenergie, bei der sich der Staat unnachgiebig zeigte und in einem Prozess wechselseitiger Eskalation bürgerkriegsähnliche Situationen entstanden. Nirgendwo zeigten sich deutsche Behörden so hartleibig wie bei der Atomkraft – auch dies eine bemerkenswerte deutsch-deutsche Parallele.[[51]](#footnote-52) Dabei leisteten sich beide Staaten etwa bei der nuklearen Entsorgung spektakuläre bürokratische Fehlleistungen. Das ehemalige Salzbergwerk Morsleben in der DDR wurde seit 1971 für die Deponierung radioaktiven Abfalls genutzt, erhielt jedoch erst 1986 vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz eine unbefristete Dauerbetriebsgenehmigung.[[52]](#footnote-53) Damit stand Morsleben juristisch noch besser da als die Schachtanlage Asse II. Hier diente nämlich das Bergrecht als Rechtsgrundlage, erst seit der Übernahme der Schachtanlage durch das Bundesamt für Strahlenschutz zum 1. Januar 2009 gelten die strengeren Anforderungen des Atomrechts.[[53]](#footnote-54)

Eine klare Divergenz der Umweltpolitiken in West und Ost lässt sich wohl erst für die Zeit nach 1979 behaupten. In diesem Jahr entschied der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, aufgrund des heftigen Bürgerprotests auf den Bau einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben zu verzichten – eigentlich die erste umweltpolitische Weichenstellung der Bundesrepublik, die in der DDR undenkbar war. Die achtziger Jahre wurden dann in der Bundesrepublik zum ökologischen Jahrzehnt par excellence, und die Selbst- und Außenwahrnehmung als grünes Musterland ist zum Großteil ein Ergebnis dieses Jahrzehnts. Die entscheidenden Impulse kamen eindeutig aus der Zivilgesellschaft, weshalb diese Entwicklung im folgenden Abschnitt eingehender diskutiert wird. An dieser Stelle ist der scharfe Kontrast zur Entwicklung in Ostdeutschland zu betonen, wo das SED-Regime auch in ökologischen Fragen zunehmend hilflos agierte. Der Beschluss des Ministerrats von 1982, alle Umweltinformationen zu Staatsgeheimnissen zu erklären, war zugleich eine umweltpolitische Bankrotterklärung.[[54]](#footnote-55) Durch den Ausbau der Braunkohle war die DDR Ende der 1980er Jahre „bezogen auf die Fläche und auf die Bevölkerung der größte Luftverschmutzer in Europa“.[[55]](#footnote-56)

So steht die ökologische Realpolitik in Ost und West im Zeichen einer seltsamen Umkehrung der jeweiligen Großideologien. In der Bundesrepublik ging der Weg von einer lose kontrollierten Ökonomie im Wirtschaftswunder zu einer umfassenden umweltpolitischen Regulierung, die schließlich im Bereich der industriellen Verschmutzung kaum noch Lücken aufwies. In der DDR hingegen führte der Weg von einer ambitionierten staatlichen Planung zu einem ökologischen Laissez-Faire, das im verzweifelten Streben nach Devisen auch exzessive Umweltbelastungen akzeptierte. Mit anderen Worten: Während der Bundesrepublik die Zähmung der marktwirtschaftlichen Dynamik in bemerkenswertem Umfang gelang, regierte in der DDR ökologisch gesehen eine Art Raubtierkapitalismus im Dienste des Sozialismus. Wer Ende der 1980er Jahre eine bornierte Fixierung auf kurzfristige Gewinnmaximierung kritisieren wollte, fand dafür zumindest beim Umweltschutz in der DDR mehr Anschauungsmaterial als im neoliberalen Westen.

Bezeichnenderweise datiert die spektakulärste Aktion der DDR-Umweltpolitik aus der Zeit nach der Wende. Im buchstäblich letzten Atemzug beschloss der Ministerrat der DDR, fünf Nationalparks, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparks einzurichten und damit nicht weniger als vier Prozent der Landesfläche unter Naturschutz zu stellen.[[56]](#footnote-57) Ansonsten dominierte auch hier die bekannte Übertragung westdeutscher Gesetze, Institutionen und Verfahrensweisen, so dass von der DDR-Umweltpolitik am Ende wenig mehr als die populäre Naturschutzeule übrig blieb. Das hatte seinerzeit einen Hauch von Unvermeidlichkeit, und zwar nicht nur mit Blick auf den Gesamtprozess der Wiedervereinigung, sondern auch von der Sache her: Die Vorstellung, von der DDR-Umweltpolitik zu lernen, musste 1990 geradezu absurd erscheinen. Ein Vierteljahrhundert später ist das nicht mehr ganz so eindeutig.

Die Zeit um 1990 erscheint inzwischen als Zeit strategischer umweltpolitischer Weichenstellungen. Innerhalb von wenigen Jahren entstand ein neuer internationaler Rahmen der Umweltpolitik. Die Europäische Gemeinschaft erhielt mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 erstmals ausdrückliche Kompetenzen in der Umweltpolitik, die sie in den folgenden Jahren auszureizen suchte bis hin zu Plänen einer Energie- oder CO2-Steuer.[[57]](#footnote-58) Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen die Nitratrichtlinie zum Schutz von Grund- und Oberflächengewässern von 1991 und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie von 1992. Aus dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 gingen die Klimarahmenkonvention und die Biodiversitätskonvention hervor, die zusammen mit dem Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht von 1987 bis heute als wichtigste Vorhaben der Weltumweltpolitik gelten. Die großen Ziele stehen jedoch in wachsendem Kontrast zu einer mühseligen ökologischen Realpolitik, in der Umweltpolitik oft ziemlich autoritär wirkt. Der Zusammenhang von Demokratie und Umweltschutz, der 1990 aufgrund der bundesdeutschen Erfahrungen selbstevident zu sein schien, ist heute im Globalen Süden nicht leicht zu vermitteln. Die Erfahrungen der DDR-Umweltpolitik haben damit im globalen 21. Jahrhundert eine neue, unerwartete Relevanz gewonnen.

**3. Die Rolle der Zivilgesellschaften**

Aus Sicht der alten Bundesrepublik besitzt die Trennung von Umweltpolitik und Zivilgesellschaft den Hauch des Artifiziellen. Die Karriere von Spitzenpolitikern wie Jürgen Trittin und Monika Griefahn, die von Protestbewegungen auf Ministersessel wechselten, suggeriert fließende Übergänge. Tatsächlich wirkte das Zusammenspiel von Politik und Protest in den achtziger Jahren wie eine symbiotische Beziehung: Umweltverbände und Bürgerinitiativen identifizierten Probleme und drängten energisch auf Maßnahmen – Politiker reagierten und verbuchten den entsprechenden Popularitätsgewinn. Aber dieses Bündnis begann schon in den Jahren nach der Wiedervereinigung brüchig zu werden, und als die rot-grüne Bundesregierung 2000 den Atomausstieg beschloss, sah sie sich mit wütendem Protest konfrontiert.[[58]](#footnote-59) Der Klimagipfel von Kopenhagen 2009 war ein Höhepunkt zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und zugleich ein umweltpolitisches Fiasko. Während sich heute die Politik an umweltpolitischen Großprojekten wie der Energiewende abarbeitet, kämpft sie mit oft ökologisch argumentierenden Bürgerinitiativen. Kurz: Vom Standpunkt des 21. Jahrhunderts sind Politik und Zivilgesellschaft nur zu deutlich als separate Handlungsfelder mit eigenen Verhaltensregeln und Zeithorizonten zu erkennen, die in ihren spezifischen Eigenlogiken zu analysieren sind.

Das Feld der Zivilgesellschaft erweist sich jedoch für das Unterfangen einer übergreifenden deutsch-deutschen Geschichte als recht sperrig. Beide Länder verfügten zwar über Umweltbewegungen, die in den achtziger Jahren verstärkt Zulauf erfuhren, aber was dies konkret bedeutete, wurde in hohem Maße von den divergenten politischen Systemen bestimmt. Während die von Michael Beleites recherchierte Studie *Pechblende* über die Uranproduktion bei der Wismut als Untergrunddruck kirchlicher Provenienz kursierte, erzielte Holger Strohms *Friedlich in die Katastrophe* immer neue Auflagen. Seit der Erstveröffentlichung 1973 wuchs Strohms Buch bis 1981 auf mehr als 1.200 Seiten an und wurde zum unverzichtbaren Kompendium für die technischen Risiken der Atomkraft.[[59]](#footnote-60) Zudem bezog die bundesdeutsche Umweltbewegung viel Unterstützung aus einem Milieu, das sich kaum für deutsch-deutsche Fragen interessierte: Den meisten bundesdeutschen Ökos lag der amazonische Regenwald näher als die Müritz. Keine der großen Parteien war an der Wiedervereinigung so wenig interessiert wie die Grünen, und einzelne Kontakte mit DDR-Bürgerrechtlern, wie sie etwa der grüne Bundestagsabgeordnete Wilhelm Knabe und Petra Kelly unterhielten, ändern an diesem Gesamtbild nichts.

Eine übergreifende Darstellung bekommt vor diesem Hintergrund leicht eine problematische Schlagseite. Während bundesdeutsche Aktivisten in dickleibigen Büchern vor dem drohenden Kollaps warnen konnten, mussten ostdeutsche Anliegen in Stil und Ambitionen die Rahmenbedingungen einer Eingabe erfüllen.[[60]](#footnote-61) Die DDR erlaubte mancherlei Freiräume für Debatten, die zum Teil erstaunlich offen wirken, und mit der Gründung einer Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR schuf sie 1980 eine Plattform, um das einschlägige Interesse in systemkonformer Weise zu kanalisieren.[[61]](#footnote-62) Allerdings torpedierte die SED-Führung ihre eigene Gründung durch den Geheimhaltungsbeschluss von 1982: Bis 1984 „erlosch das Vortragswesen im Natur- und Umweltschutz [...] fast vollständig, da die Vortragswilligen aufgrund der Verordnung verunsichert waren, was sie an Informationen vermitteln durften und was nicht.“[[62]](#footnote-63) Während in der Bundesrepublik reihenweise Großprojekte von Kalkar bis zur Startbahn West attackiert wurden, fokussierten sich ostdeutsche Aktivitäten eher auf kleine Projekte und Anliegen, die in einem naiven deutsch-deutschen Vergleich leicht etwas borniert wirken. Während Umweltbewegte in der Bundesrepublik nicht mehr nur lokal demonstrierten, sondern Ende der siebziger Jahre auf Großdemonstrationen gegen den „Atomstaat“ gingen, bemühten sich ostdeutsche Aktive, mit Baumpflanzaktionen oder Fahrraddemonstrationen überhaupt erst einmal so etwas wie Öffentlichkeit herzustellen.[[63]](#footnote-64)

Die institutionellen Formen des zivilgesellschaftlichen Umbruchs im Westen sind auf den ersten Blick recht leicht zu umreißen. Allenthalben gründeten sich neue Bürgerinitiativen und landesweite Organisationen wie BUND und Greenpeace, altehrwürdige Naturschutzverbände wie der Bund für Vogelschutz verwandelten sich unter zum Teil heftigen internen Kämpfen in agile NGOs, und die Grünen wurden zu einem festen Teil des bundesdeutschen Parteienspektrums. Aber je näher man auf Akteure und Schauplätze heranzoomt, desto diffuser wird das Bild. Da steht der gewalttätige Atomprotest neben einer konstruktiven ökologischen Kommunalpolitik, der bärtige Alternative neben dem bestens vernetzten Strippenzieher, die globetrottenden Charismatiker vom Schlage einer Petra Kelly neben heimatverwurzelten Naturschützern, die zum Erhalt eines Magerrasens regelmäßig die Mähmaschine anwarfen.[[64]](#footnote-65)

Die thematische Vielfalt trug wesentlich zur Lebendigkeit und Persistenz der Umweltbewegungen bei. Von der Umgehungsstraße bis zum Weltklima, von der Hufeisenfledermaus bis zum Atomkraftwerk, von Tempo 100 auf Autobahnen bis zum Amazonas bot das Thema vielfältige Chancen zur freien Entfaltung ökologisch renitenter Persönlichkeiten. In Zeiten des ökologischen Aufbruchs sprach da alles für gegenseitige Unterstützung, etwa nach dem Motto: Wenn Du meine Unterschriftenliste weiterreichst, komme ich auf Deine Demo. Am besten gediehen solche Reziprozitätsbeziehungen wohl im alternativen Milieu.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Ursachen der ökologischen Revolution umfassend zu reflektieren.[[65]](#footnote-66) Zwei Punkte sind jedoch mit Blick auf deutsch-deutsche Verflechtungen von besonderem Interesse. Zum einen fällt der Durchbruch in die Krisenjahre seit 1979, in denen die politischen Konfliktlinien in vielen westlichen Ländern neu gezogen wurden.[[66]](#footnote-67) Etwas salopp formuliert: Wo Großbritannien und die USA über Neoliberalismus und Frankreich über Mitterrands Präsidentschaft diskutierten, erregte sich Deutschland über das Waldsterben. Die Begeisterung, mit der sich Bundesbürger aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen plötzlich der grünen Sache verschrieben, hatte Züge einer sozialpsychologischen Ausweichbewegung, zumal Debatten über spektakuläre wirtschaftspolitische Kurswechsel aufgrund der Agonie der sozialliberalen Koalition vorerst eher theoretischer Natur blieben. Zugleich korrespondierte dies mit anderen fundamentalen Ängsten – etwa vor dem Atomkrieg, Terrorismus, der Automatisierung oder der Massenarbeitslosigkeit.

Im Unterschied zur Massenarbeitslosigkeit schienen sich für die Umweltprobleme einige rasche Lösungen aufzudrängen. Der Aufschwung der Umweltpolitik hatte in den Jahren zuvor die Entwicklung einiger technischer Lösungsansätze ermöglicht, deren Umsetzung aufgrund ihrer hohen Kosten und des resultierenden Widerstands einschlägiger Interessen jedoch stagnierte. Die Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken war seit den frühen 1970er Jahren technisch möglich, und auch die katalytische Abgasreinigung bei Automobilen war längst praxisreif und wurde in deutsche Kraftfahrzeuge für den amerikanischen Markt routinemäßig eingebaut. Eifrig forcierte die Politik unter dem Eindruck des ökologischen Protests die Nutzung solcher Technologien, und so wirkte die grüne Bewegung für einige Zeit geradezu spektakulär erfolgreich. Was im Rückblick eher die Auflösung eines ökologischen Reformstaus war, galt zeitgenössisch als Beleg, dass Bürgerprotest auch große Industrieunternehmen in die Knie zwingen konnte.

Letzteres faszinierte besonders jene, die durch Studentenproteste und alternatives Milieu marxistisch vorgeprägt waren. Die roten Wurzeln der grünen Literatur sind inzwischen Gegenstand bizarrer Verschwörungstheorien[[67]](#footnote-68); aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Umweltthemen verblüffend gut zu den Legitimationsproblemen im Spätmarxismus passten. Eine „Entfremdung“ gab es ja auch im Verhältnis zur Natur, die Ausbeutung des Proletariats war der Ausbeutung der Natur nicht ganz unähnlich, und hatte nicht Marx selbst im *Kapital* Arbeit als „Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur“ charakterisiert?[[68]](#footnote-69) Natürlich war das im Grunde genommen Vulgärmarxismus, aber nach den zahlreichen Enttäuschungen seit 1968 waren viele Linke offen für ideologische Flexibilität. Zweifel behandelte man eher als Privatsache, wie etwa Rudi Dutschke, der im März 1977 in seinem Tagebuch notierte: „die ganze Atom- und Massenmobilisierung in B[rokdorf] u[nd] I[tzehoe] bereitet mir theore[tische] und politische Schwierigkeiten. ‚Old Surehand II‘ mit und für die Kinder zu lesen ist leichter.“[[69]](#footnote-70)

Es ist schon ein wenig paradox: Für die westdeutsche Umweltbewegung war der Marxismus wichtiger als für die ostdeutsche. Überhaupt wirkt der Sozialismus als ideologisches Konzept jenseits der Phraseologie für die DDR-Umweltgeschichte der 1980er Jahre recht bedeutungslos. Es ging in Ostdeutschland um ungebremste Industrieproduktion, den notorischen Ressourcenmangel, der für Investitionen in den Umweltschutz nur wenig Raum ließ, sowie die Verantwortungslosigkeit der Führung, und da boten Umweltthemen ein günstiges Vehikel. So fungierte Umweltprotest innerhalb wie außerhalb der staatlich sanktionierten Kreise stets auch als ein Stellvertreterkonflikt: Die Kritik an ökologischen Zuständen war politisch weniger heikel als Attacken auf die Mangelwirtschaft oder Privilegien der Bonzen. So luden sich auch triviale Themen für die DDR-Bürger mit Bedeutung auf. Als die Ökologische Arbeitsgruppe Halle, die unter dem schützenden Dach der evangelischen Kirche operierte, 1988 gegen die Asphaltierung von Heidewegen im Haller Stadtforst „Dölauer Heide“ protestierte, schossen in der Gruppe die Spekulationen über mögliche militärische Hintergründe ins Kraut – tatsächlich hatte die Forstverwaltung lediglich nach einem Verwendungszweck für eine zugewiesene Menge Bitumen gesucht. Nach der Wende gestand die Gruppe selbst ein, dass sie ein Phantom gejagt und eher auf Frustabbau denn auf echten Wandel gezielt hatte: Ihnen ging es darum, „der Obrigkeit Nadelstiche zu versetzen. Wenn schon nicht ins Herz, dann wenigstens ins Sitzfleisch. Über die Wirkung waren wir mitunter sehr überrascht.“[[70]](#footnote-71)

Auch in der zwangsläufig fragmentierten Umweltszene der DDR gab es Hierarchien, die in der historiographischen Literatur ihren Niederschlag gefunden haben. Viel Beachtung erhielt zum Beispiel die Umweltbibliothek in der Ostberliner Zionsgemeinde, auch aufgrund der spektakulär gescheiterten Razzia der Stasi in der Nacht zum 25. November 1987. Der Versuch, einen Keil zwischen Kirche und Umweltgruppen zu treiben, bewirkte das Gegenteil: Der Gemeinderat der Zionskirche unterstützte eine Mahnwache für die Freilassung der inhaftierten Mitarbeiter der Umweltbibliothek, und Gruppen aus vielen Städten schickten Solidaritätserklärungen.[[71]](#footnote-72) Von diesen Ereignissen führt ein Weg zur Gründung des Grün-Ökologischen Netzwerks Arche im Januar 1988, das Basisgruppen aus allen Regionen der DDR miteinander in Verbindung brachte.[[72]](#footnote-73) Die internationale Koordination der osteuropäischen Umweltszene beförderte das Greenway-Netzwerk, das 1985 von Aktiven aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien gegründet wurde und bis zum Herbst 1989 alle Länder des Ostblocks mit Ausnahme von Rumänien und Albanien erfasste.[[73]](#footnote-74) Die fortschreitende Vernetzung darf jedoch nicht über ein erhebliches Maß interner Spannungen hinwegtäuschen – auch dies eine Parallele zur bundesdeutschen Umweltszene und vielleicht ein allgemeines Charakteristikum neuer sozialer Bewegungen, die durch die basisdemokratische Ausrichtung und die habituelle Aversion gegen Hierarchien bestens für interne Zerwürfnisse prädestiniert sind. Als ein im Rückblick besonders bizarr anmutendes Beispiel seien die Spannungen zwischen der Umweltbibliothek und dem Arche-Netzwerk erwähnt, die am 2. Mai 1988 in einem förmlichen Unvereinbarkeitsbeschluss gipfelten, der die Mitglieder zur Entscheidung für eine der Organisationen zwang.[[74]](#footnote-75)

So bewegten sich die Umweltbewegungen in den beiden deutschen Staaten bis 1989 in ihren jeweils eigenen politischen Welten. Am ehesten funktionierte der grenzüberschreitende Austausch noch auf der medialen Ebene. Monika Maron veröffentlichte 1981 im Frankfurter S. Fischer Verlag ihren Debütroman *Flugasche* über die Journalistin Josefa Nadler, die eine Reportage über ein überaltertes Kraftwerk und die resultierende Umweltverschmutzung in einer Stadt namens „B.“ schreibt und dadurch Probleme mit Partei und Kollegen bekommt. Die Stadt „B.“, unschwer als Bitterfeld zu erkennen, wird im Roman in einer vielzitierten Formulierung als „die schmutzigste Stadt Europas“ tituliert.[[75]](#footnote-76) Als die Sowjetunion am 25. Juni 1988 das Finale der Fußball-Europameisterschaft verlor, erlitt der Realsozialismus in dieser von der Chemieindustrie geprägten Region noch eine zweite Niederlage: Umweltaktivisten nutzten die temporäre Achtlosigkeit der fußballverliebten Staatsmacht, um die desaströse Umweltsituation filmisch zu dokumentieren. Das in den Westen geschmuggelte Material wurde im folgenden September im ARD-Magazin „Kontraste“ gesendet und zementierte das Image Bitterfelds als Synonym der ostdeutschen Umweltkatastrophe.[[76]](#footnote-77) Auch die Popularisierung der *Pechblende* lief vor allem über westdeutsche Medien. Die wenigsten Ostdeutschen hielten die Samisdat-Schrift tatsächlich in Händen, aber viele sahen am 3. November 1987 einen Beitrag im Westfernsehen, der auf der Darstellung basierte.[[77]](#footnote-78)

Die gemeinsame Rezeption westdeutscher Fernsehbilder darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass mediale Berichterstattung in Ost und West unterschiedliche Funktionen besaß. In der DDR waren Journalisten aus dem Westen eine Trumpfkarte im „Kampf um Öffentlichkeit“: Bei allen Legitimationsproblemen, die die Kooperation mit „West-Medien“ aufwarf, handelte es sich doch um einen der wenigen Wege ins öffentliche Bewusstsein.[[78]](#footnote-79) Welche Wirkung diese Art von Popularisierung entfalten konnte, lässt sich etwa daran erkennen, dass der Rat des Bezirks Karl-Marx-Stadt auf die *Pechblende* mit „Informationsmaterial über die Strahlenschutzsituation in den Südbezirken der DDR“ reagierte, sich mithin also zu einer Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung genötigt sah.[[79]](#footnote-80) Im Westen etablierten einschlägige Berichte hingegen das Bild einer spätsozialistischen Öko-Katastrophe, dessen politischer Impetus weniger eindeutig war. Wer die Meriten westlicher Umweltpolitiken herausstreichen wollte, fand in Osteuropa eine dankbare Kontrastfolie.[[80]](#footnote-81)

Die Unterschiede zwischen Ost und West zeigten sich auch nach 1989. Aus dem Grün-ökologischen Netzwerk Arche ging im November 1989 die Grüne Partei in der DDR hervor, die im März 1990 in die Volkskammer und im Dezember 1990 in den Bundestag einzog. Das Berliner Arche-Büro ging einen etwas anderen Weg und kümmerte sich seit 1990 um Obdachlose, etwa mit einer Wärmestube in der Treptower Bekenntnisgemeinde.[[81]](#footnote-82) Es ist ein für ehemalige Ostblock-Staaten überaus charakteristisches Phänomen: Die Prominenz ökologischer Themen in den Protestbewegungen vor der Wende kontrastiert scharf mit einem nahezu vollständigen Kollaps ostdeutscher Umweltbewegungen nach 1990. Schätzungsweise 100.000 Litauer protestierten im September 1988 gegen das sowjetische Kernkraftwerk Ignalina – aber nachdem der Bau einer dritten Kraftwerkseinheit noch zu Sowjetzeiten storniert worden war, blieben die beiden verbliebenen Reaktoren in Betrieb und wurden erst aufgrund einer Auflage der Europäischen Union in den Beitrittsverhandlungen stillgelegt. Das macht die Bewertung des osteuropäischen Umweltprotests zu einer besonders diffizilen Herausforderung. Waren es die Rahmenbedingungen der Nachwendezeit, die die politische und sozioökonomische Basis ostdeutscher Umweltszenen erodieren ließen, so dass man die Verantwortung mehr oder weniger direkt dem Siegeszug des Neoliberalismus zuschreiben kann? Oder waren Umweltthemen in Osteuropa stets nur ein Vehikel, das in offenen Gesellschaften nicht mehr benötigt wurde?[[82]](#footnote-83)

Klar ist immerhin, dass ökologische Themen im Ostblock der achtziger Jahre in der Gesellschaft nicht im Zentrum standen und bei Protestgruppen aufs engste mit anderen Anliegen verwoben wurden. Der Protest gegen Ignalina zielte zum Beispiel nicht nur auf eine Technologie, deren Risiken nach Tschernobyl offenkundig waren, sondern auch auf ein Symbol der verhassten Sowjetherrschaft. In der DDR gab es bei kirchlichen und kirchennahen Gruppen eine Affinität von Umwelt- und Friedensarbeit, die in Begriffen wie „Schöpfungsbewahrung“ terminologisch kaum noch zu unterscheiden sind.[[83]](#footnote-84) Auch das Rubrum „Stadtökologie“, das sich zum agilsten Segment der Umweltarbeit innerhalb der Gesellschaft für Natur und Umwelt entwickelte, war thematisch divers und anschlussfähig für ein allgemeines Streben nach Lebensqualität.[[84]](#footnote-85) Die thüringische Umweltgruppe Knau/Dittersdorf richtete etwa durch ihren Kampf gegen eine große Schweinemastanlage den Blick auf den Problemkomplex Massentierhaltung, der sonst erst im 21. Jahrhundert zum Protestthema wurde.[[85]](#footnote-86) Eine solche Verbindung von ökologischen und anderen Anliegen ist keine osteuropäische Besonderheit: Sie ist ein im Globalen Süden verbreitetes Muster, das Joan Martinez-Alier als „environmentalism of the poor“ bezeichnet hat.[[86]](#footnote-87)

In der Bundesrepublik ging die Tendenz eher zu einem von breiteren Kontexten befreiten Grün.[[87]](#footnote-88) Das erleichterte die Verbreitung ökologischen Gedankenguts in unterschiedlichste politische Milieus, so dass am Ende nur ein paar hartgesottene Konservative übrigblieben, die hinter dem Umweltprotest eine weitere linke Verschwörung witterten.[[88]](#footnote-89) Zugleich blieb dadurch jedoch unterbelichtet, dass ökologische Probleme auch eine Dimension sozialer Ungleichheit sind. Es blieb zum Beispiel weithin unbeachtet, dass sich die Diskriminierung türkischer Migranten in Günter Wallraffs vieldiskutiertem Bestseller *Ganz Unten* von 1985 auch in exzessiven Schmutzlasten dokumentierte.[[89]](#footnote-90)

So wurde die Wiedervereinigung für die Umweltszenen in Ost und West zu einem Zusammenprall zweier Diskurswelten. Es ging ja nicht nur um die Divergenzen im Umweltdenken und politischen Stil, sondern auch um die Überwindung eines profunden Desinteresses an deutsch-deutschen Perspektiven. Die bundesdeutschen Grünen rekrutierten sich zu weiten Teilen aus einem Milieu, für das die Frage der Wiedervereinigung bedeutungslos war, ja der Fortbestand der Teilung gar vielfach als verdiente Strafe für den Nationalsozialismus galt. In der DDR versäumten es die Politiker von Bündnis 90 und den Grünen, im Vorfeld der Volkskammerwahl vom März 1990 zur Frage der deutschen Einheit Stellung zu nehmen.[[90]](#footnote-91) Im ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlkampf setzten die Grünen ostentativ auf den Klimawandel und warben mit dem Spruch: „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter.“[[91]](#footnote-92) Die Umweltbewegten waren gewiss nicht die einzigen, die Probleme in der Verständigung mit den Brüdern und Schwestern im jeweils anderen Teil Deutschlands hatten. Aber wenige Gruppen mussten so sehr mit sich kämpfen, die neuen Mitbürger erst einmal als solche zu akzeptieren.

Für die Grünen kam die entscheidende Zäsur erst nach dem Vollzug der Wiedervereinigung, als die Partei bei der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Für die Grünen war das nach einem Jahrzehnt mit zahlreichen Wahlerfolgen und noch mehr öffentlicher Beachtung ein Schock. Die erste gesamtdeutsche Bundesversammlung in Neumünster stand im April 1991 im Zeichen der Erneuerung, Petra Kelly fiel bei der Sprecherwahl krachend durch, und die Radikalökologen um Jutta Ditfurth beschlossen wenig später die Abspaltung.[[92]](#footnote-93) Insgesamt wurde die Partei disziplinierter, professioneller und moderater, und erstmals überlebte eine rot-grüne Koalition in Niedersachsen eine ganze Legislaturperiode. Dass dies unter dem Ministerpräsidenten und späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder geschah, verleitet leicht zu simplen Teleologien. Aber ob es ohne den parteiinternen Reflexionsprozess nach 1990 tatsächlich zu einer rot-grünen Bundesregierung gekommen und diese sieben Jahre lang arbeitsfähig geblieben wäre, darf man zumindest bezweifeln.

Vor den neuen Aufbrüchen stand jedoch erst einmal die Herausforderung der Vereinigung von ost- und westdeutschen Organisationen, die vor allem aus ostdeutscher Sicht ein schwieriger Prozess wurde. Die Fusion der Grünen mit den Resten der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung zog sich letztlich bis 1993 hin, was weniger an organisatorischen Problemen hing als daran, dass sich viele Ostdeutsche erst einmal mühevoll an den Stand der Debatten assimilieren mussten. Da ging es um intellektuelle Flughöhen: „Die Suche nach zukünftigen gesellschaftlichen Gestaltungskonzepten jenseits von Kapitalismus und Sozialismus – oft mit dem Begriff des ‚dritten Weges‘ bezeichnet – ist offenbar ersetzt durch die pragmatische Behandlung der anfallenden Sachprobleme“, lautete eine Diagnose im Jahre 1994.[[93]](#footnote-94) Ebenso verhandelt wurde die Spannung zwischen einem ganzheitlichen Engagement im sozialistischen Obrigkeitsstaat und einem vergleichsweise nüchtern-professionellen Rollenmuster im Westen, das klar zwischen privater Lebenswelt und politischer Arbeitswelt unterschied.[[94]](#footnote-95) Hinzu kam ein neuer institutioneller und medialer Kontext sowie die verständliche Erschöpfung ostdeutscher Aktiver nach vier Wahlkämpfen im Jahr 1990. So umwehte die Fusion ein Hauch von Alternativlosigkeit, zumal in den Hinterköpfen die nahende Bundestagswahl und speziell die Fünf-Prozent-Hürde steckte. „Der Zusammenschluß von Grünen und Bündnis 90 war jedenfalls keine ‚Liebesheirat‘, sondern eine ‚Vernunftehe‘.“[[95]](#footnote-96)

Nur symbolisch konnten die ostdeutschen Bürgerrechtler einen kleinen Sieg verbuchen, als die Grünen das „Bündnis 90“ demonstrativ zum ersten Bestandteil ihres Namens machten. Der Deutsche Bund für Vogelschutz war sogar bereit, den Namen seiner ostdeutschen Partner zu übernehmen und heißt seither Naturschutzbund Deutschland – was allerdings vor allem darin begründet lag, dass sich auf diesem Wege ein eleganter Schlussstrich unter einen internen Namens- und Richtungsstreit ziehen ließ, der die Vogelschützer ein Jahrzehnt lang beschäftigt hatte.[[96]](#footnote-97) Die Wahlergebnisse der Grünen in den neuen Bundesländern waren und blieben deutlich schwächer als jene im Westen und ließen sie bei Landtagswahlen ein gutes Jahrzehnt lang mit einer gewissen Regelmäßigkeit an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Bemerkenswert ist zudem, dass die Vereinigung der Umweltbewegungen in Ost und West unvollständig blieb. Ein Teil der DDR-Aktivisten sammelte sich in der Grünen Liga, die eine Plattform für dezentrale Basisarbeit mit lockerer überregionaler Vernetzung bietet – im Grunde genommen eine Fortsetzung des Arche-Modells unter neuen politischen Rahmenbedingungen. Die Grüne Liga war und ist damit ein Gegenmodell zu den stärker zentralisierten, medial und politisch besser vernetzten Umweltverbänden westlichen Typs.[[97]](#footnote-98)

Der Bedeutungsverlust der Umweltbewegungen im postsozialistischen Osteuropa bedarf noch weiterer Forschungen. Ein wichtiger Punkt ist in diesem Zusammenhang die energische Reaktion der Politik, die das Thema sehr rasch aufgriff. Die öko-soziale Marktwirtschaft wurde von Lothar de Maizière sogar zum wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbild der DDR-CDU erklärt.[[98]](#footnote-99) Milliardenschwere Investitionen in Reinigungstechnologien und Altlastensanierung dokumentierten den Willen der politischen Entscheidungsträger und ließen die Spielräume für zivilgesellschaftliche Umweltbewegungen deutlich schrumpfen. Damit ergeben sich bemerkenswerte Parallelen: In der bundesdeutschen Umweltpolitik ist spätestens seit der Energiewende eine geradezu überwältigende Dominanz des politisch-administrativen Komplexes erkennbar. Entscheidungen haben sich auf eine Ebene verlagert, die ohne erhebliches Vorwissen und Insider-Kontakte kaum noch zu verstehen ist, so dass zivilgesellschaftlicher Protest fast nur noch in der Form der Obstruktion auf der Ebene lokaler Einzelprojekte vorkommt.

**4. Anders Leben**

Die Umweltgeschichte der jüngsten Zeit wird zumeist als Politikgeschichte geschrieben. Damit wird jedoch nur ein Teil dessen erfasst, was Umwelt seit 1970 bedeutete. Der umweltbewusste Bürger sah sich in allen Bereichen des Lebens mit neuen Themen konfrontiert. Ökologisches Denken beeinflusste Ernährungsgewohnheiten und die Fragen, die der Konsument im Supermarkt stellte – sofern er solche Kathedralen des Massenkonsums überhaupt noch betrat und nicht ganz auf Bioläden setzte. In dieser lebensweltlichen Prägekraft steckt wohl auch ein wesentlicher Grund für die Persistenz der Umweltbewegung, die sich keineswegs von selbst versteht. Christopher Rootes nannte die Umweltbewegung einmal „the great survivor among the new social movements that arose in and since the 1960s.“[[99]](#footnote-100)

Kein Zweifel: Zur Umweltgeschichte der jüngsten Zeit gehört auch der Traum von einem anderen Leben. Der Historiker sieht sich hier jedoch mit einem doppelten Handicap konfrontiert. Zum einen ist der Forschungsstand in diesem Bereich besonders desolat. Eine Kulturgeschichte der Umwelt, wie sie Michael Bess für Frankreich vorgelegt hat, gibt es für Deutschland bislang nicht.[[100]](#footnote-101) Dabei fehlt es nicht an reizvollen Themen: Der Aufstieg von Müsli und Vollkornbrot sagt zum Beispiel viel über deutsche Befindlichkeiten im späten 20. Jahrhundert aus. Zum anderen wirft die deutsch-deutsche Perspektive hier besondere Probleme auf, da die Konsum- und Lebenswelten in Ost und West recht unterschiedlich waren. Wo in der Bundesrepublik nach den Ölkrisen zunehmend Thermostate und Doppelverglasung zum Energiesparen anhielten, öffnete der DDR-Bürger in gut geheizten, aber schlecht isolierten Räumen kurzerhand das Fenster. Während sich die Restaurantbesucher im Westen in neue kulinarische Welten vortasteten, glühten in Ostdeutschland nach der Wende an den Straßenrändern die Holzkohlegrills, was bei aller Wertschätzung thüringischer Rostbratwürste doch auch eine gewisse Monokultur erkennen ließ.

Konsumkritik konnte in Deutschland auf ältere intellektuelle Traditionen zurückgreifen. Es ist zum Beispiel auffallend, dass die amerikanischen Bestseller Vance Packards in den fünfziger Jahren rasch den Weg in die Bundesrepublik fanden: *Die geheimen Verführer* und *Die große Verschwendung* erschienen jeweils nur ein Jahr nach dem amerikanischen Original.[[101]](#footnote-102) Auch die Einrichtung der Stiftung Warentest 1964 und ihre Etablierung als Eckpfeiler mündiger Konsumentscheidungen sind aus der bundesdeutschen Konsumgeschichte kaum wegzudenken. Fraglich ist, wie weit diese Konsumkritik in Ostdeutschland reichte: Konnte man im Land der Bückwaren die Bedenken des Westkonsumenten überhaupt nachvollziehen? Unter postkonsumistischen Wessis grassierte jedenfalls ein Überheblichkeitsgefühl. Die legendäre Aktion Otto Schilys am Abend der Volkskammerwahl, der als Kommentar zum Wahlergebnis wortlos eine Banane in die Fernsehkameras hielt, spiegelte ein tiefes Befremden über die Hemmungslosigkeit, mit der sich ostdeutsche Konsumenten nach der Wende westliche Konsumprodukte einverleibten.[[102]](#footnote-103)

Es steht zu vermuten, dass das alternative Milieu für die Sozialisation des kritischen westdeutschen Konsumenten eine Art Durchlauferhitzer war. In der grundlegenden Studie Sven Reichardts ist nachzulesen, dass Ökologie hier nicht nur politisches Programm, sondern auch Lebensstilentscheidung war – auch wenn die verrauchte Kneipe vielleicht doch populärer war als das gesunde Essen in der Teestube.[[103]](#footnote-104) Allerdings konnte ein solches Milieu, vor allem in großen Städten angesiedelt und durch persönliche Kontakte konstituiert, kaum über die innerdeutsche Grenze hinausreichen. Zudem traf das Streben nach alternativen Lebensstilen in der DDR auf politische und gesellschaftliche Hindernisse. So war es bereits bemerkenswert, als das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg 1983 ein alternatives Kochbuch mit fleischlosen Rezepten veröffentlichte und damit für eine Überprüfung der eigenen Ernährungsgewohnheiten warb.[[104]](#footnote-105)

Das alternative Milieu zerfiel nach Reichardt in den achtziger Jahren, aber die Ausläufer ihrer kulturellen Schockwellen sind in Deutschland bis heute zu spüren. Besonders deutlich ist dies im alternativen Landbau, der seit den Hochzeiten des alternativen Milieus ein bemerkenswert konstantes Wachstum zu verzeichnen hat. In einer Zeit, in der Bio-Produkte in jedem Supermarkt liegen und elaborierten Systemen der Zertifizierung unterliegen, kann man sich nur noch mit Mühe das Befremden vorstellen, mit dem Verbraucher und Agrarier der Alternativlandwirtschaft um 1980 gegenüberstanden. Die Gruppe Betriebswirtschaft der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe fasste ihre Eindrücke nach dem Besuch von 13 organisch-biologischen und biologisch-dynamischen Betrieben in der Bundesrepublik und Österreich 1982 in die Worte: „In unserem demokratischen Staat kann glücklicherweise noch jeder wirtschaften, wie er will. Das sollte auch so bleiben.“[[105]](#footnote-106) Zwei Jahre später bot das nordrhein-westfälische Umweltministerium dem Anbauverband Bioland eine Projektförderung an und sah sich mit misstrauischen Rückfragen konfrontiert, was es damit denn bezwecken wolle.[[106]](#footnote-107)

Zu den lebensweltlichen Manifestationen des Umweltzeitalters gehört schließlich eine Veränderung der Gesundheitsängste, die in ihren Folgen kaum zu überschätzen ist. In den Nachkriegsjahrzehnten verloren Infektionskrankheiten ihren vormaligen Schrecken, während Krebs zu einer Urangst des modernen Menschen aufstieg. Die meisten Deutschen sahen sich im Laufe ihres Lebens mit Verwandten und Freunden konfrontiert, die an einer Krebserkrankung jämmerlich zugrunde gingen. Für Petra Kelly war der Krebstod ihrer Halbschwester Grace eine traumatische Erfahrung, die nach dem Urteil ihrer Biographin Saskia Richter ein „Ausgangspunkt ihres politischen Engagements“ war.[[107]](#footnote-108) Kelly war nicht die einzige, die Krebs in Beziehung zu Umweltgefahren stellte – ein Diskursstrang, der sich kaum mit einer simplen Dichotomie materieller und postmaterieller Wertvorstellungen greifen lässt. Der menschliche Körper schien nun durch die Umweltverschmutzung von Giften gefährdet. Nach der Wende ergab etwa eine Befragung leitender Ärzte in DDR-Krankenhäusern, dass sich die Zahl von Atemwegserkrankungen bei Kindern von 1974 bis 1989 bei sinkenden Geburtenraten mehr als verdoppelt hatte.[[108]](#footnote-109) Debatten über Verschmutzung gewannen damit eine neuartige Brisanz. Es ging nicht mehr nur um Schmutz und Gestank, sondern um Menschenleben.

Für die Bundesrepublik ist diese diskursive Verschiebung offenkundig, aber auch in der DDR bekundeten schon 1971 in einer Umfrage mehr 90 Prozent der Befragten, dass sie einen Zusammenhang von Luftverschmutzung und Gesundheitsschäden sahen.[[109]](#footnote-110) Die Angst vor radioaktiver Strahlung erfasste nach Tschernobyl gleichermaßen Bundesbürger und DDR-Bürger und wurde lediglich unterschiedlich artikuliert: Eindringliche Fragen nach Milch und Sandkästen, die bundesdeutsche Eltern jeder verfügbaren Autorität stellten, konnten in der DDR nicht öffentlich gestellt werden.[[110]](#footnote-111) Die Ängste vor der Großchemie, die in der Bundesrepublik nach den Katastrophen von Seveso 1976 und Sandoz 1986 scharf formuliert wurden und das einflussreiche Konzept der „Risikotechnologie“ untermauerten, verdienten ebenfalls eine deutsch-deutsch vergleichende Untersuchung.[[111]](#footnote-112) Hier berühren sich die Interessen einer ökologischen Kulturgeschichte mit einer umwelthistorischen Körpergeschichte, die ebenfalls noch zu schreiben ist.

**5. Von Wölfen und Hühnern: Umweltgeschichte als Perspektivwechsel**

In der alten Bundesrepublik gab es laut dem *Agrarbericht 1989* der Bundesregierung insgesamt 5.368.577 Milchkühe, 14.659.627 Mastschweine und 38.226.140 Legehennen.[[112]](#footnote-113) Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine Entwicklung, deren sozioökonomische und ethische Brisanz in einem eigentümlichen Missverhältnis zum Desinteresse der breiten Öffentlichkeit stand. Seit den fünfziger Jahren setzte sich die industrieförmig strukturierte Massentierhaltung auf breiter Front durch, und das bedeutete für die meisten Tiere eine radikale Reduzierung des Bewegungsraums bis hin zur berüchtigten Käfighaltung von Legehennen. Diese radikalen Eingriffe setzten sich im Körper der Tiere fort, die systematisch auf Produktivitätsmaximierung unter den kontrollierten Umweltbedingungen im Massenstall hin konditioniert wurden. Künstliche Besamung erlaubte ausgewählten Hochleistungstieren eine Schar von Nachkommen, die auf eine präzedenzlose Homogenisierung des Genpools hinauslief. Besonders leistungsstarke Bullen haben inzwischen mehr als eine Million Nachkommen.[[113]](#footnote-114)

In der langen Geschichte des Miteinanders von Menschen und Tieren bedeutete das eine tiefe Zäsur. Das Nutztier, vormals in seinem Charakter bekannt und oft mit Namen versehen, verwandelte sich in einen durchlaufenden Posten, der durch ein Bündel quantifizierbarer Parameter hinreichend beschrieben war. Umso bemerkenswerter ist die Geräuschlosigkeit, mit der sich dieser Umbruch in Ost- und Westdeutschland vollzog. Er besaß die Aura eines quasi naturgesetzlichen Prozesses, in dem es weder Alternativen noch überhaupt Diskussionsbedarf zu geben schien. „Der Widerstand gegen neuzeitliche Futterzusätze in der Hühner-, Schweine- und auch Kälberfütterung schwindet mehr und mehr, weil man einsieht, daß es ohne die Chemie im Futtertrog [...] unter den heutigen Bedingungen keinen Erfolg im Stall geben kann“, hieß es 1965 in der *Deutschen Landwirtschaftlichen Presse*.[[114]](#footnote-115) Konsumenten interessierten sich zunächst vor allem für günstige Lebensmittel, und Landwirte hatten im gnadenlosen Größen- und Produktivitätswettlauf der Nachkriegsjahrzehnte ohnehin kaum Alternativen.[[115]](#footnote-116)

Die Industrialisierung der Agrarproduktion erstreckte sich gleichermaßen auf dem Pflanzenbau. Auch auf den Feldern herrschen dem großflächigen Verbot genetisch veränderten Saatguts zum Trotz Monokulturen, die im Maisanbau nur ihren deutlichsten Ausdruck finden. Unter dem Gesichtspunkt der Biodiversität ist die Geschichte der Nachkriegszeit eine dramatische Verlustgeschichte, und das gilt gleichermaßen für den westlichen und den östlichen Teil Deutschlands. Beide deutsche Staaten haben chemische Pflanzenschutzmittel exzessiv eingesetzt und durch Überdüngung zu einer gravierenden Belastung von Grund- und Oberflächenwässern beigetragen. Arnd Bauerkämper hat zurecht darauf hingewiesen, dass sich die Umweltgeschichten der Landwirtschaft in West und Ost verblüffend ähneln.[[116]](#footnote-117)

Das 21. Jahrhundert wird voraussichtlich das erste der Weltgeschichte sein, in dem eine Mehrheit der Bevölkerung in Städten wohnt. Die Geschichten von DDR und Bundesrepublik standen im Zeichen einer dramatisch beschleunigten Urbanisierung, die bei allen Unterschieden in Formen und Methoden ein ähnliches und ungemein folgenreiches Ergebnis hatte: das Ende des ländlichen Raums als nachgerade klassischem Sozialisationsraum Alteuropas. Die Konsequenzen zeigen sich gerade aus tierhistorischer Sicht besonders dramatisch. Die Trennung von Nutztieren und animalischen Lebensgefährten, noch vor 100 Jahren durchaus offen, ist inzwischen moralisch und räumlich klar markiert.[[117]](#footnote-118) Als 2006 ein Braunbär die deutsch-österreichische Alpengrenze überschritt, wusste sich eine urbanisierte Gesellschaft in ihren Ängsten nicht anders zu helfen als den Immigranten zum „Problembär“ zu erklären und abzuschießen. Etwas friedvoller verläuft glücklicherweise die Einwanderung der Wölfe, die ein genuiner Ost-West-Transfer mitten im wiedervereinigten Deutschland ist; denn die aus Polen kommenden Tiere haben es inzwischen bis in die Lüneburger Heide geschafft.

Lebensweltlich hat sich der Unterschied von Stadt und Land inzwischen weitgehend nivelliert. Umwelthistorisch bleiben Spannungen: Kein Bereich der deutschen Gesellschaft hat auf Forderungen der Umweltpolitik so allergisch reagiert wie die Landwirtschaft. Der *Umweltbericht der DDR* forderte zum Beispiel 1990 die „Reduzierung der Viehbestände in überdimensionierten Anlagen auf ein ökologisch vertretbares Maß und dezentrale Tierhaltung“[[118]](#footnote-119) – tatsächlich ging die Entwicklung ziemlich ungebremst in die Richtung immer größerer Einheiten. Reformbestrebungen wie die „Agrarwende“, die die rot-grüne Bundesregierung auf dem Höhepunkt der BSE-Krise auf ihre Fahnen schrieb, haben diese Entwicklung nicht umzukehren vermocht, auch wenn sie manche Verbesserungen erreichen konnten.[[119]](#footnote-120)

Man kann die umwelthistorische Subversion noch ein Stückchen weiter treiben. Die Erfahrung des globalen Klimawandels hat einige Forscher zur These eines neuen Erdzeitalters animiert: Seit 1800 leben wir demzufolge im Anthropozän, in dem die Menschheit in ihren Auswirkungen auf das Gesamtsystem Erde zunehmend auf Augenhöhe mit den Kräften der Natur agiert.[[120]](#footnote-121) Die Zeit nach 1945 erscheint unter diesem Blickwinkel vor allem als Epoche einer dramatischen Beschleunigung anthropogener Effekte, bei der Systemunterschiede oder nationale Eigenheiten nicht mehr so recht ins Gewicht fallen. Allerdings erreicht eine solche Geschichtsbetrachtung recht rasch ein Generalisierungsniveau, das bei aller Lust zur umwelthistorischen Provokation doch etwas problematisch anmutet. Eine Historiographie im Zeichen des Anthropozäns verhält sich gegenüber konkreten lokalen Erfahrungen leicht ähnlich unsensibel wie ein sozialistischer Fünfjahresplan.[[121]](#footnote-122)

**6. Wiedervereinigte Ökologien**

Die Wiedervereinigung der deutsch-deutschen Ökologien vollzog sich auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichem Tempo und Lärmpegel. Auf der materiellen Ebene war die Wende in der DDR der Auftakt zu einem milliardenschweren Sanierungsprogramm, das im Großen und Ganzen erstaunlich geräuschlos über die Bühne ging. Das Erregungspotential der Altlasten war augenscheinlich geringer als jenes der überdimensionierten Kläranlagen, die in den Jahren nach der Wiedervereinigung vielerorts gebaut wurden und die Abwassergebühren in vormals unbekannte Höhen katapultierten.[[122]](#footnote-123) Schwerfälliger vollzog sich die politische Vereinigung, jedenfalls sofern man darunter mehr versteht als die bereits erwähnte Übertragung bundesdeutscher Errungenschaften in Politik und Zivilgesellschaft auf das Beitrittsgebiet.

Die ökologischen achtziger Jahre hatten im Zeichen der sich wechselseitig stärkenden Interaktionen zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Lebenswelt gestanden. In den 1990er Jahren wurden die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Feldern deutlich. Zwischen politischen Imperativen und zivilgesellschaftlichen Themen entwickelte sich eine zunehmende Kluft, die 1995 im Protest gegen die Versenkung der Ölplattform Brent Spar offenkundig wurde. Während Greenpeace den größten Verbraucherboykott der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte bejubelte[[123]](#footnote-124), blieben die zahlreichen anderen Ursachen für den bedenklichen Zustand der Nordsee außerhalb des Blicks.[[124]](#footnote-125) In der bundesdeutschen Gesellschaft entwickelte sich unterdessen eine Internet- und High-Tech-Euphorie, die ökologische Bedenken als seltsam altmodisches Anliegen erscheinen ließ.

Die Krise ökologischer Themen in den 1990er Jahren machte zentrifugale Kräfte erkennbar, die sich in den ökologischen achtziger Jahren noch im gemeinsamen Gefühl des Aufschwungs hatten kaschieren lassen. Da gab es am einen Ende des Spektrums unternehmerische Manifeste für eine „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft“ und die erwähnte Wende der Grünen zur politischen Pragmatik.[[125]](#footnote-126) Am anderen Ende lockten üppig annotierte ökofeministische Monographien, die zum gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus, Patriarchat und Naturbeherrschung bliesen und sich souverän über die Niederungen der Tagespolitik erhoben.[[126]](#footnote-127) Während Fundis und Realos bei den Grünen bei allen Meinungsverschiedenheiten immerhin noch eine gemeinsame Gesprächsbasis hatten, zerfaserte das ökologische Projekt nun in einer Weise, die eine lagerübergreifende Verständigung zunehmend unmöglich machte. Der vehemente Protest gegen den rot-grünen Atomausstieg machte eine Bruchstelle erkennbar, die sich im Umweltdiskurs seit den achtziger Jahren angedeutet hatte.

Damit war die Bühne bereitet für eine rot-grüne Bundesregierung, zu deren zahlreichen Rätseln eine auffallende Unlust an der retrospektiven Aufarbeitung gehört. Während die Grünen sich in ihren turbulenten Gründungsjahren vor akademischer Beachtung kaum retten konnten, sind gründliche Untersuchungen der sieben rot-grünen Regierungsjahre weiterhin rar.[[127]](#footnote-128) Schröders Bundesregierung hatte unter dem Gesichtspunkt der deutsch-deutschen Geschichte ein ziemlich westdeutsches Profil. Das rot-grüne Projekt war eine Idee der bundesdeutschen achtziger Jahre, und entsprechende Koalitionen gab es in ostdeutschen Ländern nur in Form einer Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt, die nach einer Legislaturperiode wieder verschwand. Im ersten Kabinett Schröder gab es mit Christine Bergmann (Familie, Senioren, Frauen und Jugend) nur eine ostdeutsche Ministerin.

Die großen Hoffnungen auf eine umfassende ökologische Modernisierung, wie sie sich seit den achtziger Jahren mit dem rot-grünen Projekt verbunden hatten, schlugen jedenfalls schon früh in Ernüchterung um.[[128]](#footnote-129) In der Umweltpolitik überwogen die Kontinuitäten, auch und gerade dort, wo sich auf den ersten Blick ein anderer Eindruck aufdrängt. So baute die rot-grüne Bundesregierung zwar die Förderung alternativer Energien aus, aber damit setzte sie letztlich nur einen Weg fort, den die Bundesrepublik bereits 1990 mit dem Einspeisegesetz und dem daraus resultierenden Boom der Windkraft eingeschlagen hatte. „Das Einspeisegesetz war der Startpunkt der Energiewende Anfang der 90er Jahre“, schreibt der Energiewirtschaftler Klaus-Dieter Maubach.[[129]](#footnote-130) Auch der Atomausstieg fügt sich in einen langen Abschied von der nuklearen Zukunft ein. Seit der Wiedervereinigung war kein neuer Reaktor über das Stadium bloßer Gedankenspiele mehr hinausgekommen. Selbst die ostdeutschen Bundesländer hatten in den frühen neunziger Jahren keine Lust auf atomare Bauprojekte gezeigt, obwohl sie sonst stets für Industrie- und Infrastrukturprojekte dankbar waren.[[130]](#footnote-131) Selbst Jürgen Trittins berüchtigtes Dosenpfand ging auf eine Verordnung zurück, die unter Klaus Töpfer erarbeitet worden war.

Der spektakulärste ökologische Kurswechsel, die „Agrarwende“ der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, bedurfte eines Impulses von außen. Ohne die BSE-Krise hätte sich vermutlich in der Agrarpolitik ein „business as usual“ fortgesetzt, wie es sich zunächst auch in der Ernennung von Karl-Heinz Funke zum ersten Bundeslandwirtschaftsminister unter Schröder dokumentierte. Bei der Ökosteuer war die Bundesrepublik „im europäischen Vergleich [...] ein Nachzügler“, denn vor Schröders Amtseid hatten bereits zehn Staaten ihre Steuersysteme entsprechend reformiert.[[131]](#footnote-132) Trotzdem wurde die Ökosteuer zum politischen Streitfall, wobei taktische Motive der Oppositionsparteien eine wichtige Rolle spielten.

Die Bundestagswahl 2005 hätte möglicherweise einen umweltpolitischen Kurswechsel eingeleitet, wenn der von Umfrageinstituten prognostizierte Wahlsieg von CDU/CSU und FDP tatsächlich Wirklichkeit geworden wäre. In der scharfen Reformpolitik, die die Oppositionsparteien im Wahlkampf angekündigt hatten, wäre zwangsläufig auch die Umweltpolitik auf den Prüfstand gekommen. So aber kam es zu einer Großen Koalition, die letztlich darauf hinauslief, den Status ökologischer Probleme als parteienübergreifender Konsensthemen zu zementieren. Eine dezidiert anti-ökologische Rhetorik, wie sie in den USA oder Großbritannien zur politischen Landschaft gehört oder auch vom tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus lautstark bedient wurde, blieb in Deutschland ein Randphänomen.[[132]](#footnote-133) Ein Backlash, der die ökologischen Errungenschaften seit den 1970er Jahren in Frage stellen würde, scheint auf absehbare Zeit schwer vorstellbar. Das Problem der Umweltbewegten ist inzwischen eher der Erfolg: vom Atomausstieg, der ein enorm mobilisierungsfähiges Thema von der Tagesordnung verschwinden ließ, bis hin zu den Folgeproblemen der Energiewende.

Der Atomausstieg, nach Fukushima mit breiter Mehrheit vom Bundestag beschlossen, hat noch einmal die Vorstellung eines grünen deutschen Sonderwegs bedient. Kein anderes Land reagierte auf die Atomkatastrophe in Japan mit vergleichbarer Entschlossenheit. Wer freilich die mickrige Zahl aktiver Reaktorprojekte in westlichen Ländern betrachtet, sieht den deutschen Fall eher als besonders dramatischen Fall eines allgemeinen Rückzugs aus der Atomkraft; selbst Frankreich, Europas Atomnation par excellence, unterhält derzeit nur ein Bauprojekt in Flamanville in der Normandie, obwohl es für die Erneuerung seiner atomaren Kapazitäten in den kommenden Jahren etwa 40 solcher Projekte auf den Weg bringen müsste. Deutschland ist letztlich eher eine Variante im allgemeinen ökologischen Problemprofil westlicher Wohlstandsnationen. Der schroffe Ost-West-Gegensatz, der um 1990 noch alle Diskussionen prägte, hat sich in einem komplexen Netz von Verbindungen und Bezügen aufgelöst. Die Umweltprobleme der Intensivlandwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ähneln den Problemlagen in Südoldenburg, und Gleiches gilt für Braunkohle und Großchemie.

Die zentralen Herausforderungen erwachsen jedenfalls nicht mehr aus deutsch-deutschen Gegensätzen, sondern vielmehr aus der schleichenden Veränderung grundlegender Strukturen in Umweltpolitik und Umweltbewegtheit. Viele Gewissheiten, die die ökologische Debatte der vergangenen Jahrzehnte geprägt haben, sind inzwischen mit Fragezeichen versehen.[[133]](#footnote-134) Das Schicksal der Energiewende ist unsicher und die Hoffnung auf eine effektive globale Klimapolitik erst recht. In der Zivilgesellschaft deutet sich ein Umbruch an, der im holprigen Generationenwechsel bei den Spitzenpolitikern der Grünen bereits in seiner Brisanz zu erahnen ist. Unterdessen erscheint das Umweltbewusstsein der Bundesbürger eher ambivalent in einer Zeit, in der sie mit Langstreckenflügen zu Öko-Resorts fliegen, um dort Biogemüse zu verzehren. Und welche Ziele und Werte sollen einer Öko-Bilanz überhaupt zugrunde liegen?

Die jahrzehntelangen Debatten haben darüber keinen Konsens hervorgebracht. So steht jeder Versuch einer Öko-Bilanz konzeptionell auf schwankendem Boden: In einem Ranking, das nicht auf die Qualität der Reformpolitiken, sondern auf die absoluten Verbrauchszahlen für fossile Brennstoffe und andere Ressourcen fokussiert, würde die grüne Bundesrepublik gemeinsam mit den übrigen westlichen Ländern dramatisch abstürzen. Immerhin relativiert sich auf diesem Wege das notorische Problem innerdeutscher Vergleiche, die eine bundesdeutsche Erfolgsgeschichte mit dem Scheitern der DDR kontrastieren. Unter dem Gesichtspunkt ökologischer Nachhaltigkeit gibt es lediglich eine DDR, die spektakulär scheiterte, und eine Bundesrepublik, die unspektakulär scheiterte.

So läuft eine grüne Zeitgeschichte am Ende auf eine multiple Verunsicherung hinaus. Es geht nicht mehr nur um eine wachsende Unklarheit über Gefahren und Zukunftsvorstellungen. Immer mehr geraten auch die Parameter ins Wanken, die unsere historische Erfahrung bislang definieren. Werden die vergangenen Jahrzehnte einmal als Endphase des fossilen Zeitalters erscheinen – oder eher als Beginn einer Radikalisierung, die wir derzeit in Krisenländern wie Irak und Nigeria in ersten Umrissen erahnen? Werden künftige Historiker uns vor allem das kollektive Versagen in der Klimapolitik ankreiden – oder werden es eher die Zustände in den Massenställen sein, die ihnen die Schamesröte ins Gesicht treibt? Oder werden sie eher den Aufschwung von Politik und Zivilgesellschaft betonen, der – wenngleich von gesättigten Wohlstandsbürgern getragen – doch immerhin die Tür öffnete für ein Jahrhundert, das gar nicht anders sein konnte als ökologisch? Der Zeithistoriker wird sich vorerst auf keines dieser Narrative festlegen können, und doch lassen sie erahnen, welche Bedeutung die Umweltgeschichte im Konzert der zeithistorischen Disziplinen zu entfalten vermag.

1. Anthony Giddens, The Politics of Climate Change, Cambridge 2009, S. 50. [↑](#footnote-ref-2)
2. Vgl. etwa Fred Pearce, Die Grünen Macher, Berlin 1992. [↑](#footnote-ref-3)
3. Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 512. [↑](#footnote-ref-4)
4. Vgl. Daniel Stedman Jones, Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics, Princeton 2012. [↑](#footnote-ref-5)
5. Jürgen Büschenfeld, Flüsse und Kloaken. Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870–1918), Stuttgart 1997, S. 380. [↑](#footnote-ref-6)
6. Ulrich Eisenbach, Kaliindustrie und Umwelt, in: Ulrich Eisenbach/Akos Paulinyi (Hg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda. Geschichte eines landschaftsprägenden Industriezweigs, Darmstadt 1998, S. 194–222; S. 210–212, 216, 220; Astrid M. Eckert, Geteilt, aber nicht unverbunden. Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 62 (2014), S. 69–100. [↑](#footnote-ref-7)
7. Hartmut Ruck, Die Kali-Industrie an der Werra in Thüringen 1945–1989, in: Hermann-Josef Hohmann, Dagmar Mehnert (Hg.), Bunte Salze, weiße Berge. Wachstum und Wandel der Kaliindustrie zwischen Thüringer Wald, Rhön und Vogelsberg, Hünfeld 2004, S. 101–134, 118f. [↑](#footnote-ref-8)
8. Rainer Grießhammer, Letzte Chance für den Wald? Die abwendbaren Folgen des Sauren Regens, Freiburg 1983, S. 72. [↑](#footnote-ref-9)
9. Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986, und ders., Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt a.M. 1988. [↑](#footnote-ref-10)
10. Melanie Arndt, Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt 2011, S. 53. [↑](#footnote-ref-11)
11. Hannsjörg F. Buck, Umweltbelastung durch Müllentsorgung und Industrieabfälle in der DDR, in: Eberhard Kuhrt (Hg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 455–493, S. 461, 468f, 478. [↑](#footnote-ref-12)
12. Ulrich Petschow/Jürgen Meyerhoff/Claus Thomasberger, Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau. Eine Studie des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung, Frankfurt a.M. 1990, S. 84; Christian Möller, Der Traum vom ewigen Kreislauf. Abprodukte, Sekundärrohstoffe und Stoffkreisläufe im „Abfall-Regime“ der DDR (1945–1990), in: Technikgeschichte 81 (2014), S. 61–89. [↑](#footnote-ref-13)
13. Buck, Umweltbelastung, S. 465, 482. [↑](#footnote-ref-14)
14. Günter Bayerl, Peripherie als Chance. Studien zur neueren Geschichte der Niederlausitz, Münster 2011, S. 439. [↑](#footnote-ref-15)
15. Vgl. Matthias Gross, Ignorance and Surprise. Science, Society, and Ecological Design, Cambridge, Mass. 2010, S. 121–162. [↑](#footnote-ref-16)
16. Michael Meissner, Schichtende. Kontroversen um Rückbau und Sanierung, in: Rainer Karlsch, Rudolf Boch (Hg.), Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Band 1: Studien, Berlin 2011, S. 355–395, hier S. 382 u. 394f. [↑](#footnote-ref-17)
17. Jörg Roesler, Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR, Erfurt 2006, S. 22. [↑](#footnote-ref-18)
18. Kai Frobel u. a., Erlebnis Grünes Band, Bonn-Bad Godesberg 2011, S. 11, 13. [↑](#footnote-ref-19)
19. Frank Uekötter, Bergbau und Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, in: Dieter Ziegler (Hg.), Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert, Münster 2013, S. 539–570, S. 560. [↑](#footnote-ref-20)
20. Vgl. etwa Ulrich Petschow u. a., Umweltreport DDR; Joachim Kahlert, Der Einigungsprozess als Chance für die Umwelt. Aufgaben und Ziele auf dem Weg zu einer Umweltunion, Bonn 1990 [↑](#footnote-ref-21)
21. Tobias Huff, Über die Umweltpolitik der DDR. Konzepte, Strukturen, Versagen, in: Geschichte und Gesellschaft 40 (2014), S. 523–554, S. 523. Ähnlich Eckert, Geteilt, S. 69. [↑](#footnote-ref-22)
22. Dazu ausführlich Frank Uekötter, Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970, Essen 2003, S. 451. [↑](#footnote-ref-23)
23. Arnold Vaatz, Umweltpolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 630–638, S. 630f. [↑](#footnote-ref-24)
24. Willi Oberkrome, „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960), Paderborn 2004, S. 341, 522. [↑](#footnote-ref-25)
25. Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977, S. 43. [↑](#footnote-ref-26)
26. Adam Rome, The Genius of Earth Day. How a 1970 Teach-In Unexpectedly Made the First Green Generation, New York 2013. [↑](#footnote-ref-27)
27. Thorsten Schulz-Walden, Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975), München 2013, S. 235–243 und David Ekbladh, The Great American Mission. Modernization and the Construction of an American World Order, Princeton 2010, S. 247–250. [↑](#footnote-ref-28)
28. Jens Ivo Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006, S. 275. [↑](#footnote-ref-29)
29. Stadtarchiv Duisburg 503/689, Aktenvermerk über die Besprechung mit Herrn Oberregierungsrat Öls, Arbeits- und Sozialministerium NRW Düsseldorf am 3. Juli 1961, S. 2. [↑](#footnote-ref-30)
30. Sandra Chaney, Nature of the Miracle Years. Conservation in West Germany, 1945–1975, New York 2008, S. 195–197; Engels, Naturpolitik, S. 287, 334f. [↑](#footnote-ref-31)
31. Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 109. [↑](#footnote-ref-32)
32. Engels, Naturpolitik, S. 336f. [↑](#footnote-ref-33)
33. Mit der heutigen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesumweltministerin von 1994 bis 1998, scheint sich ein neues Karriereprofil anzudeuten, da sich ihre Amtszeit eher durch das geräuschlose Verwalten in bewegten Zeiten auszeichnete. Nach den zahlreichen Initiativen ihres Vorgängers Klaus Töpfer wirkt Merkels Legislaturperiode wie eine Zeit der Ruhe, in der es weder Skandale noch bemerkenswerte Erfolge gab. [↑](#footnote-ref-34)
34. Paul Hockenos, Joschka Fischer and the Making of the Berlin Republic. An Alternative History of Postwar Germany, Oxford 2008. [↑](#footnote-ref-35)
35. Wolfgang Sternstein, „Atomkraft – nein danke!“ Der lange Weg zum Ausstieg, Frankfurt a.M. 2013, S. 106. [↑](#footnote-ref-36)
36. Andreas Dix/Rita Gudermann, Naturschutz in der DDR: Idealisiert, ideologisiert, instrumentalisiert?, in: Hans-Werner Frohn/Friedemann Schmoll (Bearb.), Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006, Bonn-Bad Godesberg 2006, S. 535–624, S. 574. [↑](#footnote-ref-37)
37. Tobias Huff, Wald – Emissionen – Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR. Unveröffentlichtes Manuskript 2014, S. 327. [↑](#footnote-ref-38)
38. Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 228f., 261; Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 915. [↑](#footnote-ref-39)
39. Die Umweltmacher. 20 Jahre BMU – Geschichte und Zukunft der Umweltpolitik, Hamburg 2006. [↑](#footnote-ref-40)
40. Roesler, Umweltprobleme, S. 27. [↑](#footnote-ref-41)
41. Huff, Umweltpolitik, S. 540. [↑](#footnote-ref-42)
42. Ebd., S. 542. [↑](#footnote-ref-43)
43. Vaatz, Umweltpolitik, S. 633f. [↑](#footnote-ref-44)
44. Huff, Umweltpolitik, S. 552. [↑](#footnote-ref-45)
45. Horst Barthel, Umweltpolitik in beiden deutschen Staaten. Literaturstudie, Berlin 2001, S. 15f. [↑](#footnote-ref-46)
46. Bayerisches Hauptstaatsarchiv MArb 2596/II, Vermerk vom 12. Mai 1970. [↑](#footnote-ref-47)
47. Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 130. [↑](#footnote-ref-48)
48. Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 2802, S. 177. Als klassische Analyse vgl. Renate Mayntz, Vollzugsprobleme der Umweltpolitik. Empirische Untersuchung der Implementation von Gesetzen im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes, Stuttgart 1978. [↑](#footnote-ref-49)
49. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 581. [↑](#footnote-ref-50)
50. Georges Fülgraff, Das Dilemma der Umweltpolitik – Eine Bilanz, in: Eberhard Schmidt/Sabine Spelthahn (Hg.), Umweltpolitik in der Defensive. Umweltschutz trotz Wirtschaftskrise, Frankfurt a.M. 1994, S. 13–24, S. 17. [↑](#footnote-ref-51)
51. Maßgeblich zur deutsch-deutschen Atomgeschichte sind Joachim Radkau, Lothar Hahn, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013, und Mike Reichert, Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad (1955–1990), St. Katharinen 1999. [↑](#footnote-ref-52)
52. Falk Beyer, Die (DDR-)Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben, Magdeburg 2004, S. 34. [↑](#footnote-ref-53)
53. Anselm Tiggemann, Die „Achillesferse“ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955 bis 1989, Lauf an der Pegnitz 2004, S. 145; URL: http://www.endlager-asse.de/DE/2\_WasIst/Geschichte/\_node.html (zuletzt aufgerufen am 9. Oktober 2014). [↑](#footnote-ref-54)
54. Herbert Schwenk/Hainer Weisspflug, Umweltschmutz und Umweltschutz in Berlin (Ost). Zu Auswirkungen der DDR-Umweltpolitik in Berlin, Berlin 1996, S. 81. [↑](#footnote-ref-55)
55. Cord Schwartau, Umweltschutz in der DDR, in: Ilse Spittmann-Rühle/Gisela Helwig (Hg.), Veränderungen in Gesellschaft und politischem System der DDR. Ursachen, Inhalte, Grenzen. Einundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 24. bis 27. Mai 1988, Köln 1988, S. 48–58, S. 51. [↑](#footnote-ref-56)
56. Hans Dieter Knapp, Das Nationalparkprogramm der DDR, in: Michael Succow/Lebrecht Jeschke/Hans Dieter Knapp (Hg.), Die Krise als Chance – Naturschutz in neuer Dimension, Neuenhagen 2001, S. 35–56, S. 50. [↑](#footnote-ref-57)
57. Anita Wolf-Niedermaier, Umweltpolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.), Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Aufl., Bonn 2000, S. 337–341, S. 338f. [↑](#footnote-ref-58)
58. Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 240. [↑](#footnote-ref-59)
59. Holger Strohm, Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Atomkraftwerke, 10. Aufl., Frankfurt a.M. 1982. [↑](#footnote-ref-60)
60. Vgl. Felix Mühlberg, Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingaben in der DDR, Berlin 2004. Zur indirekten Beeinflussung der eigenen Bevölkerung über die westdeutschen Medien vgl. S. \*#\*. [↑](#footnote-ref-61)
61. Vgl. Hermann Behrens/Ulrike Benkert/Jürgen Hopfmann/Uwe Maechler, Wurzeln der Umweltbewegung. Die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ (GNU) im Kulturbund der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökologischen Bewegung in den neuen Bundesländern, Marburg 1993. [↑](#footnote-ref-62)
62. Hermann Behrens, Rückblicke auf den Umweltschutz in der DDR seit 1990, in: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung (Hg.), Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte Bd. 1, München 2007, S. 1–40, S. 29. [↑](#footnote-ref-63)
63. Christian Halbrock, Störfaktor Jugend. Die Anfänge der unabhängigen Umweltbewegung in der DDR, in: Carlo Jordan/Hans Michael Kloth (Hg.), Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988–90, Berlin 1995, S. 13–32, S. 27; Nathan Stoltzfus, Public Space and the Dynamics of Environmental Action. Green Protest in the German Democratic Republic, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 385–403, S. 394f. [↑](#footnote-ref-64)
64. Eindrucksvoll zu dieser programmatischen Kakophonie Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011. Arg eingleisig hingegen Andreas Pettenkofer, Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt a.M. 2014. [↑](#footnote-ref-65)
65. Für einen ersten Versuch des Verfassers in dieser Richtung vgl. Frank Uekötter, The Greenest Nation? A New History of German Environmentalism, Cambridge, Mass. 2014, S. 101–111. [↑](#footnote-ref-66)
66. Frank Bösch Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9.1 (2012), S. 8–32. [↑](#footnote-ref-67)
67. So etwa in Torsten Mann, Rote Lügen in Grünem Gewand. Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009. [↑](#footnote-ref-68)
68. Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kapital. Bd. 1 (MEW-Band 23), Berlin (Ost) 1968, S. 57. [↑](#footnote-ref-69)
69. Gretchen Dutschke (Hg.), Rudi Dutschke. Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979, Köln 2003, S. 278. [↑](#footnote-ref-70)
70. Wieland Berg, Das Phantom. Die Aktivitäten der Ökologischen Arbeitsgruppe (ÖAG) Halle gegen die Asphaltierung der Heidewege 1988 und die Reaktion des MfS, Halle 1999, S. 58. [↑](#footnote-ref-71)
71. Detlef Pollack, Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen, 2000, S. 108. [↑](#footnote-ref-72)
72. Carlo Jordan, Akteure und Aktionen der Kirche, in: Carlo Jordan/Hans Michael Kloth (Hg.), Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988–90, Berlin 1995, S. 37–70, S. 37–40. [↑](#footnote-ref-73)
73. Carlo Jordan, Greenway. Das osteuropäische Grüne Netzwerk 1985–1990, in: Horch und Guck 15:1 (2006), S. 31-37. [↑](#footnote-ref-74)
74. Wolfgang Rüddenklau, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992, S. 178. [↑](#footnote-ref-75)
75. Monika Maron, Flugasche, 19. Aufl., Frankfurt a.M. 2009, S. 32. [↑](#footnote-ref-76)
76. Rainer Hällfritzsch/Ulrike Hemberger/Margit Miosga, Das war Bitteres aus Bitterfeld, DVD der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 2009. [↑](#footnote-ref-77)
77. Manuel Schramm, Strahlenschutz im Uranbergbau. DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich (1945–1990), in: Rainer Karlsch/Rudolf Boch (Hg.), Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Band 1: Studien, Berlin 2011, S. 271–328, S. 322. [↑](#footnote-ref-78)
78. Hubertus Knabe, Umweltkonflikte im Sozialismus. Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen. Eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn, Köln 1993, S. 344. [↑](#footnote-ref-79)
79. Schramm, Strahlenschutz im Uranbergbau, S. 323. [↑](#footnote-ref-80)
80. Sprache und Gedankenwelt des Kalten Krieges haben auch im Umweltdiskurs ihre Spuren hinterlassen, besonders deutlich etwa in Wolf Oschlies, „Öko-Kriege“ in Osteuropa. Ausgewählte Tatorte grenzüberschreitender Umweltzerstörung (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 29), Köln 1990. Einschlägig zum Thema: Jacob Darwin Hamblin, Arming Mother Nature. The Birth of Catastrophic Environmentalism, Oxford 2013. [↑](#footnote-ref-81)
81. Jordan, Akteure, S. 69. [↑](#footnote-ref-82)
82. Frank Uekötter, Environmentalism, Eastern European Style. Some Exploratory Remarks, in: Horst Förster/Julia Herzberg/Martin Zückert (Hg.), Umweltgeschichte(n). Ostmitteleuropa von der Industrialisierung bis zum Postsozialismus, München 2013, S. 241–254, S. 249, 251. [↑](#footnote-ref-83)
83. Vgl. Maria Nooke, Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche, Berlin 2008, S. 334. [↑](#footnote-ref-84)
84. Knabe, Umweltkonflikte im Sozialismus, S. 230–232. [↑](#footnote-ref-85)
85. Jan Schönfelder, Mit Gott gegen Gülle. Die Umweltgruppe Knau/Dittersdorf 1986 bis 1991. Eine regionale Protestbewegung in der DDR, Rudolstadt 2000. [↑](#footnote-ref-86)
86. Joan Martinez-Alier, The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation, Northhampton, Mass. 2002. [↑](#footnote-ref-87)
87. Die ökologischen achtziger Jahre hoben charakteristischerweise just zu jener Zeit an, als die Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung auseinanderfiel. Dazu Susanne Schregel, Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt a.M./New York 2011. [↑](#footnote-ref-88)
88. Rüdiger Graf, Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien der frühen 1970er Jahre, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, 207–228. [↑](#footnote-ref-89)
89. Günter Wallraff, Ganz unten, Köln 1985 [↑](#footnote-ref-90)
90. Wolfgang Jäger, Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998, S. 412. [↑](#footnote-ref-91)
91. Helge Heidemeyer, (Grüne) Bewegung im Parlament. Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag und die Veränderungen in Partei und Parlament, in: Historische Zeitschrift 291 (2010), S. 71–102, S. 88. [↑](#footnote-ref-92)
92. Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 924f. [↑](#footnote-ref-93)
93. Hagen Findeis/Detlef Pollack/Manuel Schilling, Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit ehemals führenden Vertretern, Leipzig/Berlin 1994, S. 5. [↑](#footnote-ref-94)
94. Ebd., S. 305. [↑](#footnote-ref-95)
95. Christoph Hohlfeld, Bündnis 90/Grüne – eine neue Partei? in: Raschke, Die Grünen, S. 839–846, S. 839. [↑](#footnote-ref-96)
96. Vgl. Helge May, NABU. 100 Jahre NABU – ein historischer Abriß 1899–1999, Bonn o.J. [↑](#footnote-ref-97)
97. Hermann Behrens, Umweltbewegung, in: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (Hg.), Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte Bd. 3, München 2007, S. 131–148, S. 142f. [↑](#footnote-ref-98)
98. Lutz Wicke/Lothar de Maizière/Thomas de Maizière, Öko-Soziale Marktwirtschaft für Ost und West. Der Weg aus Wirtschafts- und Umweltkrise, München 1991, S. 169–179. [↑](#footnote-ref-99)
99. Christopher Rootes, The Transformation of Environmental Activism. An Introduction, in: Christopher Rootes (Hg.), Environmental Protest in Western Europe, Oxford 2003, S. 1–19, S. 1. [↑](#footnote-ref-100)
100. Michael Bess, The Light-Green Society. Ecology and Technological Modernity in France, 1960–2000, Chicago 2003. [↑](#footnote-ref-101)
101. Vance Packard, Die geheimen Verführer. Der Griff nach dem Unbewussten in jedermann, Düsseldorf 1958; ders., Die große Verschwendung, Düsseldorf 1961. [↑](#footnote-ref-102)
102. Ilko-Sascha Kowalczuk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2011, S. 540. [↑](#footnote-ref-103)
103. Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Frankfurt a.M. 2014, insbes. S. 582f. [↑](#footnote-ref-104)
104. Knabe, Umweltkonflikte im Sozialismus, S. 304. [↑](#footnote-ref-105)
105. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf NW 831 Paket 105 Bd. 13, Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Gruppe 21 – Betriebswirtschaft an die Kreisstellen der Landwirtschaftskammer, 21. Juli 1982, S. 2. [↑](#footnote-ref-106)
106. Frank Uekötter, Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft, Göttingen 2010, S. 417. [↑](#footnote-ref-107)
107. Saskia Richter, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010, S. 60. [↑](#footnote-ref-108)
108. Kahlert, Einigungsprozess, S. 64. [↑](#footnote-ref-109)
109. Hans Michael Kloth, Grüne Bewegung, Grünes Netzwerk, Grüne Partei. Ein politologischer Versuch, in: Carlo Jordan/Hans Michael Kloth (Hg.), Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988–90, Berlin 1995, S. 145–179, S. 146. [↑](#footnote-ref-110)
110. Arndt, Tschernobyl, S. 98. [↑](#footnote-ref-111)
111. Frank Uekötter/Claas Kirchhelle, Wie Seveso nach Deutschland kam. Umweltskandale und ökologische Debatte von 1976 bis 1986, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 317–334; Nils Freytag, Der rote Rhein. Die Sandoz-Katastrophe vom 1. November 1986 und ihre Folgen, Themenportal Europäische Geschichte (2010), URL: http://www.europa.clio-online.de/portals/\_europa/documents/B2010/E\_Freytag\_Sandoz\_Katastrophe\_final.pdf. [↑](#footnote-ref-112)
112. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hg.), Agrarbericht 1989. Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung. Materialband (Bundestagsdrucksache 11/3969), Bonn 1989, S. 23. [↑](#footnote-ref-113)
113. Bernhard Hörning, Auswirkungen der Zucht auf das Verhalten von Nutztieren, Kassel 2008, S. 31. Zum methodischen Hintergrund dieser Bemerkungen vgl. Edmund Russell, Evolutionary History. Uniting History and Biology to Understand Life on Earth, Cambridge 2011, und Susan R. Schrepfer/Philip Scranton (Hg.), Industrializing Organisms. Introducing Evolutionary History, New York/London 2004. [↑](#footnote-ref-114)
114. G. Haerkötter, Betriebsvereinfachung ohne Scheu, in: Deutsche Landwirtschaftliche Presse 88 (1965), S. 481–482, S. 482. [↑](#footnote-ref-115)
115. Vgl. Uekötter, Wahrheit, S. 331–389. [↑](#footnote-ref-116)
116. Arnd Bauerkämper, The Industrialization of Agriculture and its Consequences for the Natural Environment. An Inter-German Comparative Perspective, in: Historical Social Research 29.3 (2004), S. 124–149. [↑](#footnote-ref-117)
117. Dazu demnächst Amir Zelinger, Tierische Sozialgeschichte. Haustierhaltung im Deutschen Kaiserreich (Diss. Ludwig-Maximilians-Universität München 2015). [↑](#footnote-ref-118)
118. Institut für Umweltschutz (Hg.), Umweltbericht der DDR. Informationen zur Analyse der Umweltbedingungen in der DDR und zu weiteren Maßnahmen, Berlin 1990, S. 45. [↑](#footnote-ref-119)
119. Wolfrum, Rot-Grün, S. 249–253. [↑](#footnote-ref-120)
120. Will Steffen/Paul J. Crutzen/John R. McNeill, The Anthropocene. Are Humans Now Overwhelming the Great Forces of Nature?, in: Ambix 36.8 (2007), S. 614–621. [↑](#footnote-ref-121)
121. Neben dem Generalisierungsniveau scheint es im Zeichen des Anthropozäns auch einen Zug zur thematischen Engführung zu geben. Eine einschlägige Darstellung konstatiert apodiktisch: „Energie bildet das Herzstück der neuen Epoche.“ John R. McNeill/Peter Engelke, Mensch und Umwelt im Zeitalter des Anthropozäns, in: Akira Iriye/Jürgen Osterhammel (Hg.), Geschichte der Welt. 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 357–534, S. 395. [↑](#footnote-ref-122)
122. Oliver Hollenstein, Das doppelt geteilte Land. Neue Einblicke in die Debatte über West- und Ostdeutschland, Wiesbaden 2012, S. 25. [↑](#footnote-ref-123)
123. So jedenfalls die Einordnung bei Greenpeace (Hg.), Brent Spar und die Folgen. Analysen und Dokumente zur Verarbeitung eines gesellschaftlichen Konflikts, Göttingen 1997, S. 13. [↑](#footnote-ref-124)
124. Vgl. Anna-Katharina Wöbse, Die Brent Spar-Kampagne. Plattform für diverse Wahrheiten, in: Frank Uekötter/Jens Hohensee (Hg.), Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme, Stuttgart 2004, S. 139–160. [↑](#footnote-ref-125)
125. Jürgen Hopfmann, Georg Winter, Zukunftsstandort Deutschland. Das Programm der umweltbewußten Unternehmer, München 1997, S. 13. [↑](#footnote-ref-126)
126. Mary Mellor, Wann, wenn nicht jetzt! Für einen ökosozialistischen Feminismus, Hamburg 1994. [↑](#footnote-ref-127)
127. Als einen ersten Versuch vgl. Wolfrum, Rot-Grün. [↑](#footnote-ref-128)
128. Mustergültig dokumentiert in Joachim Raschke, Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt a.M. 2001. [↑](#footnote-ref-129)
129. Klaus-Dieter Maubach, Energiewende. Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung, 2. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 47. [↑](#footnote-ref-130)
130. Frank Uekötter, Fukushima and the Lessons of History. Remarks on the Past and Future of Nuclear Power, in: Jens Kersten/Markus Vogt/Frank Uekötter, Europe after Fukushima. German Perspectives on the Future of Nuclear Power (RCC Perspectives Nr. 1 [2012], S. 9–31, S. 18). [↑](#footnote-ref-131)
131. Wolfrum, Rot-Grün, S. 217. [↑](#footnote-ref-132)
132. Vgl. Václav Klaus, Blauer Planet in grünen Fesseln. Was ist bedroht: Klima oder Freiheit?, Wien 2007. [↑](#footnote-ref-133)
133. Ausführlich zum Folgenden Frank Uekötter, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2011. [↑](#footnote-ref-134)